

Akademiegespräche im Landtag

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman

PD Dr. Thomas Petersen

Prof. Dr. Astrid Séville

**Bayern nach der Wahl –
Gesellschaftliche Trends als
Herausforderungen für die Parteien**



**Bayerischer
Landtag**



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Michel Friedman, Jahrgang 1956, studierte zunächst Rechtswissenschaften und später Philosophie; in beiden Disziplinen wurde er promoviert. Er moderierte neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt verschiedene Talksendungen und meldet sich auch als Publizist häufig zu Wort. 1994 bis 1996 gehörte Friedman dem Bundesvorstand der CDU an. Er war von 2000 bis 2003 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Herausgeber der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ sowie von 2001 bis 2003 Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses. Seit 2016 ist er Honorarprofessor für Immobilien- und Medienrecht an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Thomas Petersen, Jahrgang 1968, studierte Publizistik, Alte Geschichte und Vor- und Frühgeschichte an der Universität Mainz. 1993 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach, dem er seit 1999 als Projektleiter verbunden ist. Er wurde 2001 an der Technischen Universität Dresden promoviert, an der er sich 2010 habilitierte. Petersen übernahm zahlreiche Lehraufträge an verschiedenen Universitäten und war 2009/10 Präsident der internationalen Fachgesellschaft World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Gemeinsam mit Elisabeth Noelle-Neumann verfasste er das Buch „Alle, nicht jeder“, ein Standardwerk für Methoden der Demoskopie.

Astrid Séville, Jahrgang 1984, studierte Politikwissenschaft, Romanistik und Historische Anthropologie an den Universitäten Freiburg im Breisgau und Denis Diderot Paris. 2015 wurde sie an der Universität München promoviert, an der sie mehrere Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Assistentin tätig war. 2022 hatte Séville die Sir Peter Ustinov Gastprofessur an der Universität Wien inne und war anschließend Vertretungsprofessorin für Politische Theorie und Philosophie an der Hochschule für Politik der Technischen Universität München. Seit dem Wintersemester 2023 forscht und lehrt sie als Professorin für Politikwissenschaft an der Leuphana Universität Lüneburg.

**Akademiegespräche
im Bayerischen Landtag**

**Prof. Dr. Dr. Michel Friedman
PD Dr. Thomas Petersen
Prof. Dr. Astrid Séville**

**Bayern nach der Wahl –
Gesellschaftliche Trends als
Herausforderungen für die Parteien**

Veranstaltung vom 30. November 2023

Inhalt	Seite
Begrüßung durch Ilse Aigner, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags	7
Einführung durch Prof. Dr. Ursula Münch Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	11
Impulsvortrag von PD Dr. Thomas Petersen Institut für Demoskopie Allensbach	15
Diskussion	25



**Begrüßung durch Ilse Aigner, MdL
Präsidentin des Bayerischen Landtags**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch im Namen meines Kollegen, Vizepräsident Alexander Hold, begrüße ich Sie alle ganz herzlich, als Allererstes natürlich die Veranstalterin. Sehr geehrte Frau Professorin Münch, seien Sie mir wieder einmal herzlich willkommen zu unserem Akademieströck hier im Bayerischen Landtag. Ich freue mich auch, dass Herr Professor Oberreuter heute wieder bei uns zu Gast ist und viele Freundinnen und Freunde der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Seien Sie mir alle herzlich willkommen, ebenso wie natürlich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des öffentlichen Rechts, die sich heute hier auf das Akademieströck ganz besonders freuen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor 53 Tagen – länger ist es noch nicht her – ist der Bayerische Landtag neu gewählt worden, und er hat sich auch schon konstituiert. Übrigens viel schneller als manch andere Landtage. Wir haben fünf Fraktionen und 203 Abgeordnete, und in der Zeit haben wir auch schon den Koalitionsvertrag nicht nur ausgehandelt, sondern auch unterzeichnet. Der Ministerpräsident wurde gewählt, die Staatsregierung vereidigt und die Ausschüsse haben die Arbeit aufgenommen. Also könnte man sagen, man kann eigentlich zum Alltag übergehen. Aber ich glaube, es ist eben nicht so, dass man sofort zum Alltag übergehen kann.

Man merkt überall, im ganzen Land, die Stimmung hat sich etwas verändert. Es hat sich etwas in den Stimmungslagen verändert. Man merkt ein bisschen, dass die Gesellschaft im Umbruch ist, dass die Menschen das auch spüren. Wir merken immer noch die Nachwirkungen von Corona, die weit in die Gesellschaft hineingewirkt haben. Wir merken natürlich, dass auch externe Schocks wie der

Angriffskrieg gegen die Ukraine in die Bevölkerung hineinwirken. Und nicht zuletzt wirkt die Barbarei der Hamas in Israel mit unabsehbaren Folgen bis heute bei uns in die Gesellschaft hinein. Die Krisen sind in der Tat mittlerweile global, aber die Menschen merken, dass sie durchaus direkt selbst betroffen sind oder sich betroffen fühlen. Man merkt es an unterschiedlichen Punkten.

Wir merken, das Wachstum ist nicht mehr so, wie wir uns das vorstellen. Wir merken, dass die Lieferketten vielleicht ein Stück weit gestört sind. Wir merken, dass die Inflation gestiegen ist, auch wenn sie jetzt wieder sinkt, genauso wie die Zinsen. Es sind also viele Sachen, die wir hier unmittelbar spüren. Die Menschen merken auch Wohlstandsverluste, die mittlerweile ankommen. Das Wohlstandsversprechen, das früher eigentlich ganz selbstverständlich gewesen ist, ist nicht mehr so selbstverständlich, und manche kämpfen mit Abstiegsängsten, manche sogar mit Existenzängsten. Man kann sagen, es geht ein Stück weit ans Eingemachte. Das Ganze, meine Damen und Herren, hat auch damit zu tun, dass leider auch – das sage ich als Parlamentspräsidentin – das Vertrauen in die Demokratie zurückgegangen ist. Das merkt man auch an der Stimmung in unserem Land. Man merkt, dass Unsicherheiten und Unzufriedenheiten bei den Menschen angekommen sind, und ich würde wirklich sagen, auch unsere Demokratie ist in Gefahr, intern und von extern.

Das merkt man übrigens auch im Bayerischen Landtag. Auch hier haben sich Veränderungen abgezeichnet. Die Wahlbeteiligung ist erfreulicherweise nach oben gegangen, was grundsätzlich ein positives Signal für die Politik ist. Aber natürlich hat man gemerkt, dass viele Menschen mit Protest gewählt und sich anders entschieden haben, dass die Wahlentscheidung auch viel mit Verzweiflung zu tun hat, mit Protest. Damit hat es auch Veränderungen in den Kräfteverhältnissen gegeben. Deshalb kann und will ich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Deshalb wünsche ich mir, dass wir heute Abend genauer hinschauen: Welche Themen, welche Inhalte haben die Wahlentscheidung mit beeinflusst? Welche wurden vielleicht nicht aufgegriffen oder welche wurden vernachlässigt? Wie schaut es aus mit regionalen Unterschieden bei den Schwerpunktsetzungen? Auch das scheint mir sehr wichtig. Wie schaut es aus bei den Wahlbeteiligungen und auch bei den Stimmenanteilen? Das ist das eine.

Das andere: Ich wünsche mir auch, dass die wichtigen und die richtigen Fragen gestellt werden. Wie gelingt es uns als Politikerinnen und Politiker, die Menschen wieder für die Demokratie zu begeistern, und warum verstehen viele Menschen vielleicht auch die Sprache, die wir sprechen als Politikerinnen und Politiker, oder die der Medien nicht mehr? Was können wir dafür tun? Und woher kommt das

Extreme – die Bereitschaft, sehr schnell in Aufregung zu verfallen, pauschale Verurteilungen, oder auch gleich die totale Ablehnung unserer demokratischen Strukturen? Kommt es daher, dass manche sich eben in materieller Bedrängnis sehen, oder ist es auch Stimmungsmache in geschlossenen Kommunikationsräumen? Das alles sind Fragen, meine Damen und Herren, die mich bewegen und die uns als Politikerinnen und Politiker verpflichten, dass wir als Erstes ins Tun kommen, dass wir zeigen, dass Politik auch wirkt, und dass wir die Sprache finden, die bei den Menschen ankommt, die sie verstehen, und dass wir nicht zuletzt dafür werben, dass Demokratie sehr wohl funktioniert.

Meine Damen und Herren, nach der Wahl ist aber auch schon wieder vor der Wahl. Das wissen Sie genauso. Wir haben ja die europäischen Wahlen vor uns, und da wird es auch um viele Weichenstellungen gehen, die für mich ebenfalls ganz entscheidend sind. Die Landtagswahl war für mich auch ein Weckruf, und ich hoffe, dass die Europawahl nicht zu einer Schicksalswahl umfirmiert.

Liebe Frau Professorin Münch, Demokratie kann nicht nur funktionieren, sondern ich bin der festen Meinung, sie muss funktionieren. Darauf basiert unser gemeinsames Leben. Ich danke der Akademie und Ihnen ganz persönlich, dass Sie dieses wichtige politische Thema zum heutigen Thema der Akademiegespräche gemacht haben. Ich bin vor allem deshalb so begeistert, weil Sie tolle Referenten, eine Referentin und zwei Referenten, angeworben haben, hier zu uns zu sprechen. Ich freue mich ganz besonders, Sie, Frau Professorin Séville gemeinsam mit Herrn Dr. Thomas Petersen und Herrn Professor Michel Friedman, hier begrüßen zu dürfen. Seien Sie mir alle als ausgewiesene Expertinnen und Experten hier willkommen geheißen.

Ich kann Ihnen sagen, schonen Sie uns durchaus nicht. Wir vertragen schon auch etwas als Politikerinnen und Politiker. Ich wünsche mir von dem heutigen Abend, dass die Fragen, die ich gestellt habe, von Ihnen thematisiert und aufgegriffen werden. Ich hoffe natürlich auf Antworten, aber vor allem hoffe ich auf einen inspirierenden Abend. Und wenn später noch Zeit ist und die Diskussion nicht ausreichend lange geführt werden konnte, können wir sie beim anschließenden Empfang gerne persönlich bilateral fortsetzen. Herzlich willkommen! Nun darf ich an Frau Professorin Münch übergeben. Danke schön!



**Einführung durch Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Präsidentin – ganz herzlichen Dank jetzt schon für Ihre Gastfreundschaft –, sehr geehrter Herr Vizepräsident Hold, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Bayerischen Landtags! Wir freuen uns, dass wir hier sein dürfen, und ich schließe mich der Freude über die Referentinnen und Referenten an: Herr Professor Friedman, Frau Professorin Séville, Herr Dr. Petersen. Das ist ein besonderer Abend, auch für die Akademie.

Das Akademiegespräch – die Präsidentin hat es gesagt – nimmt die Wahl zum Bayerischen Landtag als Ausgangspunkt für einen Abend, bei dem es natürlich auch um die Einordnung der Wahlergebnisse geht. Aber es geht vor allem auch um das Thema Vertrauen: Vertrauen in die politisch Verantwortlichen, in unsere Parteiendemokratie, in die Handlungsfähigkeit des Staates. Darüber wollen wir sprechen, und wir werden uns auch damit beschäftigen, ob es seriös ist, zum Beispiel gezielt Misstrauen zu schüren im Wahlkampf, aber auch in den Parlamenten. Auch das wird uns beschäftigen.

Wir haben heute Abend ein zweigeteiltes Akademiegespräch. Herr Privatdozent Dr. Thomas Petersen führt uns mit einem circa zwanzigminütigen Impulsvortrag aus der Meinungsforschung ein. Dr. Petersen ist Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach und Privatdozent für Kommunikationswissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Wann immer wir in der Akademie für Politische Bildung Wahlen und die öffentliche Stimmungslage einordnen müssen, versuchen wir, Herrn Petersen vom Bodensee an den Starnberger See zu locken. Wenn dann mal der Bayerische Landtag als Wirkungsort dazukommt, freut uns das umso mehr, und zwar deshalb, weil Herr Petersen es immer wieder schafft, Umfrageergebnisse ebenso wie Wahlergebnisse anschaulich zu analysieren und die

Stimmungslage und die gesellschaftlichen Trends zu benennen, ohne Umschweife, ohne falsche Rücksichtnahme.

Dass er jetzt in diesem Jahr besonders gut in den Senatssaal passt, hat er uns vorher erzählt. Vermutlich ist er der erste Referent im Rahmen des Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag, der so perfekt in diesen Raum passt, weil er nämlich etwas trägt, was vor ihm nach meinem Wissen noch kein Referent getragen hat. Jetzt sind Sie alle sehr gespannt. Es ist die Krawatte des früheren Bayerischen Senats. Er war nämlich mal hier mit Frau Noelle-Neumann und hat uns vorher erzählt, damals gab es – das war, kurz bevor der Senat dann leider abgeschafft worden ist – offenbar noch ein paar Krawatten. Also, es freut uns ganz besonders.

Jetzt wissen Sie schon, Herr Petersen, wenn Ihnen die Menschen nachher beim Empfang ein bisschen auf die Pelle rücken, dann hat es nicht nur mit Ihrem tollen Vortrag zu tun, sondern die Menschen wollen dann auch die Krawatte sehen.

Im Anschluss an den Impulsvortrag, bei dem es eben, wie gesagt, nicht nur um bayerische Befindlichkeiten geht, sondern wir auch einen Blick auf die gesamte Republik werfen, wird es vermutlich ziemlich munter hier oben werden. Ich vermute, auch ziemlich kontrovers. Dafür sorgt dann unter anderem Dr. Dr. Michel Friedman. Herr Friedman ist den meisten von Ihnen als Moderator, als Publizist bekannt. Ich hatte das Vergnügen, seine Moderation bei einer Veranstaltung auf dem Hambacher Schloss zu erleben, die der Südwestrundfunk als Demokratieforum viermal im Jahr veranstaltet und ausstrahlt. Dort streitet Herr Friedman jeweils 90 Minuten lang mit seinen Gästen über Demokratie. So lange haben wir heute leider keine Zeit, Herr Friedman. Etwas ungehalten – das kann ich aus eigener Erfahrung hier bestätigen – wird Herr Friedman dann, wenn die Statements zu plakativ werden und die Worthülsen die üblichen sind. Wir werden uns also sehr bemühen.

Im Sommer war ich Mitdiskutant. Heute, lieber Herr Friedman, darf ich moderieren, und ich bin mal gespannt, wie wir mit der neuen Rollenteilung zurechtkommen. Natürlich haben viele von Ihnen die Rede von Michel Friedman bei dem mit Igor Levit organisierten Solidaritätskonzert im Berliner Ensemble am Montag dieser Woche zur Kenntnis genommen – eine brillante Rede. Das Motto der Veranstaltung lautete „Gegen das Schweigen“. Gemeint ist das Schweigen gegenüber dem sich wieder einmal ausbreitenden Antisemitismus. Ich zitiere nicht aus der Rede, die aber sehr nachhörensenswert ist, ich zitiere aus einem Interview mit Herrn Dr. Friedman: „Vergessen wir mal den Nahen Osten. In Berlin und

anderen Städten wurde geschrien ‚Tod den Juden‘. Das heißt auch Tod der Demokratie. Aber wenn das Wort Jude fällt, ist die Mauer, die Hemmung anscheinend größer als alles andere.“

Lieber Herr Dr. Friedman, es ist uns eine große Ehre und Freude, dass Sie heute Abend mit uns diskutieren, vielleicht auch ein bisschen streiten. Vielen Dank für Ihr Kommen!

Ich begrüße ebenfalls sehr herzlich eine Kollegin aus der Politikwissenschaft, Frau Professorin Dr. Astrid Séville. Sie hat bis vor wenigen Wochen hier in München zunächst an der LMU, dann an der TU München gelehrt und geforscht und hat seit Oktober 2023 eine Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, an der Leuphana Universität Lüneburg inne. Wien gehörte neben London und Paris zu ihren Stationen. Professorin Séville leitet aktuell mit Kolleginnen und Kollegen das Forschungsprojekt „Re/Präsentation – Neue Formen der politischen Ansprache und Fürsprache in der kommenden Gesellschaft“. Dieses Projekt wird durch die Gerda-Henkel-Stiftung gefördert. Die Arbeiten von Frau Séville wurden vielfach ausgezeichnet. 2018 wurde sie in das Junge Kolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften aufgenommen. Auch über Ihre Anwesenheit, Frau Séville, freue ich mich sehr. Vielen Dank.

Bevor ich zunächst Herrn Dr. Petersen für seinen Impuls an das Pult bitte, möchte ich meinen großen Dank an das Präsidium des Bayerischen Landtags und vor allem an Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin des Bayerischen Landtags, liebe Frau Aigner, zum Ausdruck bringen. Danke, dass wir wieder ein Akademiegespräch im Bayerischen Landtag ausrichten können. Danke für die hervorragende Kooperation im Vorfeld. Ich bedanke mich natürlich bei allen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landtag, aber natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Akademie. Ohne sie könnten wir heute Abend nicht da sein. Wir bedanken uns alle. – Ich darf Herrn Petersen um seinen Vortrag bitten. Danke schön.



**Impulsvortrag von PD Dr. Thomas Petersen
Institut für Demoskopie Allensbach**

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich heute hier stehen darf. Ich fühle mich sehr geehrt und hoffe, dass ich jetzt mit all diesen Vorschusslorbeeren wenigstens einigermaßen Ihre Erwartungen erfüllen kann. Das ist nicht ganz leicht. Immerhin hat Frau Münch ja auf den Schlips hingewiesen. Wenn Sie sonst von meinem Vortrag nichts haben, kann ich Ihnen nachher einen offiziellen bayerischen Senatsschlips vorführen, der ein Vierteljahrhundert darauf gewartet hat, an den Ort seiner Herkunft zurückzukehren.

Was ich heute tun kann, ist vielleicht nicht unbedingt das, was Sie erwarten. Aus zwei Gründen: Wenn es um die Landtagswahl geht, kann ich oder will ich Ihnen jetzt auch nicht irgendwelche spezifischen bayerischen Daten über Parteistärken und Wählerwanderung und dergleichen zeigen. Das haben Sie vielfach in den Medien gesehen, an anderer Stelle, und ich glaube auch, das können andere besser. Was ich aber, glaube ich, in den 20 Minuten kann – und Frau Münch hat mich mit freundlichem Nachdruck darauf hingewiesen, dass die einzuhalten sind –, ist, dass ich Ihnen einen kleinen Ritt durch Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach aus den letzten Jahren zeige. Diese zeigen, wie sehr sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland und damit auch in Bayern in den letzten Jahren doch geändert hat, und das vielleicht nicht ganz in der Art und Weise, wie man es an der einen oder anderen Stelle vermuten würde. Frau Präsidentin, Sie haben es schon in Ihrem einleitenden Vortrag angedeutet. Sie werden manches wiedererkennen, weil genau das mein Thema ist: die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in den letzten Jahren.

Ein kurzer Blick zurück, es können nur Schlaglichter sein, in die Situation der vorletzten Krise – Sie werden gleich merken, dass das mit dem zu tun hat, was ich nachher sagen werde –, nämlich in die Coronakrise. Wir alle haben lebhaft in Erinnerung, was das für eine Herausforderung in vielerlei Hinsicht war. Was wir in dieser Phase erlebt haben, ist das, was man die Stunde der Exekutive nennt. In der amerikanischen Literatur spricht man vom „Rally ’round the flag“-Effekt. Es kommt eine Bedrohung auf eine Gesellschaft zu. Diese Bedrohung kommt von außen. Sie ist nicht offensichtlich von der Regierung selbst verursacht. Das führt in aller Regel dazu, dass sich eine Gesellschaft hinter ihrer Regierung versammelt.

Hierzu könnte ich Ihnen viele Zahlen und Daten aus den Allensbacher Umfragen zeigen. Ich zeige Ihnen eine einzige, die sozusagen stellvertretend für viele andere ist. Das ist eine Frage, die wir in dieser Zeit oft gestellt haben, nämlich ob man der Ansicht ist, dass die Bundesregierung in dieser Krisensituation eine gute Arbeit leistet. Sie sehen, dass fast ein ganzes Jahr lang überwältigende Mehrheiten der Bevölkerung – und zwar weitaus mehr, als den Parteien anhängen, die die damalige Regierung stellten – sagten, die Regierung leiste hier gute Arbeit.

Das ist allerdings ein emotionaler Ausnahmezustand. Der hält nicht ewig an, und nach ungefähr einem Jahr – das war die Zeit, in der es dann um die Impfstoffbeschaffung ging und einige andere Problematiken – kippte die Stimmung. Wir sehen aber, dass drei Viertel der Bevölkerung, später noch zwei Drittel, hinter der Regierung standen. Das ist sozusagen das Normale in einer Krisensituation. Nur ist damals schon oft darüber diskutiert worden, ob diese Situation – wir denken an den Unmut über so manche Regelungen in Zeiten des Lockdowns, nicht zuletzt hier in Bayern, die ja nun doch teilweise, sicherlich auch mit Recht, einigen Unmut bei der Bevölkerung ausgelöst haben –, ob diese Situation nicht die Gesellschaft spaltet, ob sie nicht die Demokratie beschädigt. Wir haben natürlich in dieser Zeit immer mal wieder Fragen gestellt, die sich mit diesem Thema befassen.

Hier nur zwei Beispiele, die etwas anderes zeigen als das, was Sie vielleicht erwarten würden. Wir haben nämlich in dieser Zeit keine Hinweise darauf gesehen, dass sich die Bevölkerung irgendwie der Demokratie oder ihrer Institutionen entfremdete. Tendenziell eher im Gegenteil. Da müsste man jetzt weiter ausholen, um noch längerfristige Betrachtungen anzustellen. Ich erspare Ihnen das. Aber hier sehen Sie die Ergebnisse zweier Fragen: Zunächst die Frage, wie zufrieden man im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie ist. Sie sehen hier ein typisches Muster. Wenn Sie sich übrigens über die Zahlen wundern: In der Grafik sind diejenigen ausgewiesen, die ausdrücklich sagen, sie seien sehr

zufrieden, oder ausdrücklich, sie seien nicht zufrieden. Eine Mehrheit sagt, sie ist so einigermaßen zufrieden. Diejenigen sind jetzt aus Gründen der Übersichtlichkeit da nicht mit drin; das erklärt die Differenz zu Hundert. Aber Sie sehen, dass der Anteil derer, die sagten, sie seien ausdrücklich nicht zufrieden, in diesem Krisenzeitenjahr ein bisschen höher war als zehn Jahre oder acht Jahre zuvor, aber nicht so hoch wie Mitte der 2000er-Jahre, die rückblickend übrigens in mancherlei Hinsicht eine Krisenzeit in Bezug auf die Demokratieverankerung darstellt, mehr als die Jahre danach.

Ein anderes Beispiel, wie gesagt, nur Schlaglichter: Wenn jemand sagt, ich bin zurzeit von allen im Bundestag vertretenen Parteien enttäuscht, würden Sie sagen, das stimmt? – Hier kann man sagen: Gut, 2021 sagt jeder Dritte, er sei enttäuscht. Sogar etwas mehr. Aber 2016 waren es 50 Prozent, also deutlich mehr. Nun lag in der Zeit dazwischen eine Bundestagswahl, in der eine Partei im Bundestag dazugekommen ist. Aber deren Anhänger sagen auch 2021 deutlich häufiger als die Befragten aller anderen Parteien, sie seien von sämtlichen Parteien enttäuscht. Also das ist nicht der Punkt. Auch da sehen wir tendenziell eigentlich eher die entgegengesetzte Richtung von dem, was gemeinhin angenommen wurde.

Dann aber kam der Ukraine-Krieg und die ihm folgenden ökonomischen Verwerfungen, allen voran die hohe Inflation. Ich weiß nicht, ob in der öffentlichen Debatte und bei vielen öffentlichen Akteuren angekommen ist, wie tief das weite Teile der Bevölkerung erschüttert hat. Ich zeige Ihnen hier ein Beispiel aus dem Sommer 2023. Ich könnte Ihnen aber auch eine Grafik aus dem Sommer 2022 zeigen, die im Kern das Gleiche zeigt. Es ist der sogenannte Sorgenkatalog. Mit gewisser Regelmäßigkeit stellen wir die Frage: Was bereitet den Menschen Sorgen? Dann werden, wesentlich mehr als hier abgetragen sind, Punkte zur Auswahl gestellt, und die Befragten werden gebeten, Auskunft zu geben, welche dieser Dinge ihnen große Sorgen bereiten.

Wir haben schon im Sommer 2022 das Gleiche gehabt. Deutlich an der Spitze stand die Preissteigerung, die Inflation. Damals sagten acht von zehn Befragten, jetzt waren es immer noch mehr als drei Viertel, das mache ihnen große Sorgen. Dann kommt der Krieg in der Ukraine, dann kommt ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit auf. Dann kommt die Einwanderung, die 2022 noch nicht so stark war wie ein Jahr später. Das ist ein Thema, das neu dazugekommen ist, ein anderer Aspekt, den ich kurz an dieser Stelle noch ausklammere. Dann erst kommen die üblichen Verdächtigen, die sonst im Zweifel in den meisten Medien die

entscheidende Rolle spielen: Klimawandel, innere Sicherheit, Gewalt, die angeblich auseinanderdriftende Schere von Arm und Reich usw.

Wenn man fragt, was macht euch Sorgen, dann steht an erster Stelle und mit deutlichem Abstand die Inflation. Welches Ausmaß das angenommen hat, kann man an einer Zahl aus dem Sommer 2022 sehen: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sagte uns im August 2022, sie mache sich große Sorgen, dass sie im Winter ihre Heizkosten nicht bezahlen könne. Ich habe daraufhin ins Archiv geschaut, wann das zum letzten Mal ein Thema in Allensbacher Umfragen war. Das Institut für Demoskopie Allensbach wurde 1947 gegründet. Ich kokettiere gerne damit, dass es zwei Jahre älter ist als die Bundesrepublik Deutschland. Wir begleiten also mit den Umfragen die Entwicklung der Gesellschaft seit Gründung der Republik und ich bin fündig geworden. Im Jahr 1952 gab es mal die Frage: „Haben Sie schon genug Kohlen für den Winter?“ Andere Heizmaterialien gab es damals praktisch nicht. Und seitdem, 70 Jahre lang, war die Frage, ob im Winter die Wohnung kalt bleibt, kein Thema. Das zeigt die Dimension. Es gibt die Frage, ob man selbst von der Krise betroffen ist, und wenn ja, ob es einen stark betrifft, ob es einen etwas betrifft. Wir sehen, das ist eine absolute Mehrheit der Bevölkerung. Fast zwei Drittel, 62 Prozent sagten: „Diese Inflationskrise betrifft mich persönlich.“ Das ist vom August 2022.

Vergleich Finanzkrise 2008/2009: Hier sagte gerade ein Viertel, „das betrifft mich“. Hier sehen wir die Dimensionen dieses Themas. Was hat das als Auswirkung? Ich zeige Ihnen jetzt die Neujahrskarte, die das Institut für Demoskopie Allensbach seit 1949 an seine Geschäftspartner und Freunde verschickt. Die Karte zeigt jedes Jahr das Ergebnis der Frage: „Sehen Sie dem kommenden Jahr mit Hoffnung oder Befürchtung entgegen?“ Übrigens eine Frage, aus deren Ergebnis man eine erstaunlich genaue Konjunkturprognose errechnen kann; aber das am Rande. Sie wird jedes Jahr ein bisschen anders gestaltet und im letzten Jahr waren es Maulwürfe und Sonnen. Was es im nächsten Jahr ist, weiß ich noch nicht. Entscheidend ist jetzt, dieser Maulwurf da rechts unten, das ist das Ergebnis vom Dezember letzten Jahres. Hier sagten 28 Prozent der Bevölkerung, sie sähen dem kommenden Jahr mit Hoffnung entgegen. Diese Neujahrskarte wird natürlich jedes Jahr größer, die muss man jetzt schon zweiseitig ausklappen. Ich bin gespannt, wie das gelöst wird. Nun gehen wir mal in die Vergangenheit. Wir haben hier die 2010er- und 2020er-Jahre. Wir rücken langsam in die Vergangenheit der 90er-, 80er-, 70er-Jahre, Ölkrise. Wir finden tatsächlich eine Zeit, in der die Hoffnungen geringer waren. Das war 1950/51, vor mehr als 70 Jahren. Was war damals der Auslöser? Der Koreakrieg. Eine ähnliche Situation, im Grunde wie 2022. Die Stimmung im Land war sehr gedrückt gewesen – gewesen kann

ich glücklicherweise sagen. Ich bin ziemlich sicher, dass der Wert dieses Jahr etwas größer sein wird, ein Wert wie seit sieben Jahrzehnten nicht. Das hat Auswirkungen in Bezug auf das Gefühl, dass einem gleichsam der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Hier sehen Sie eine Frage, die zum ersten Mal 1992 gestellt wurde, damals eigentlich, um die Auswirkung der Transformation in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zu messen, wo ja nun wirklich kein Stein auf dem anderen geblieben ist und sehr viele Leute ihre ganze Existenz neu aufbauen mussten. Da war es verständlich, anzunehmen, dass viele Leute sagen, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen. Es stellte sich dann heraus, dass die Westdeutschen das öfter sagten als die Ostdeutschen. Das ist auch ein spannendes Thema, aber nicht heute.

Sie sehen, die Frage wurde gelegentlich mal wiederholt, und es war jeweils so ungefähr die Hälfte derer, die eine konkrete Antwort gaben, die sagten: „Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.“ Nun, 30 Jahre später, sagt zu dieser Frage, die zu ganz anderen Zwecken entwickelt wurde, plötzlich eine deutliche Mehrheit von 59 Prozent: „Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.“ Diesen Wert hatten wir in den letzten 30 Jahren nicht. Vorherige Werte haben wir nicht. Aber ich bin fast sicher, dass wir auch in den Jahrzehnten zuvor einen solchen Wert nicht gemessen hätten.

Wir haben keine Stunde der Exekutive. Das ist der Unterschied. Auch hier haben wir eine Krise, eine bedrohliche Krise, eine Krise, die überwiegend von außen in das Land gekommen ist. Aber die Bevölkerung versammelt sich nicht hinter der Regierung. Auch hier eine Frage, stellvertretend für viele andere: „Haben Sie das Gefühl, wenn Sie an die aktuellen Krisen denken, die Regierung hat die Lage im Großen und Ganzen im Griff oder nicht im Griff?“ Zwei Drittel der Bevölkerung sind der Meinung, man habe die Lage nicht im Griff. Dass die Anhänger der Oppositionsparteien CDU/CSU, Die Linke und AfD das sagen, ist jetzt nicht besonders überraschend. Aber auch Mehrheiten der Anhänger der Regierungsparteien sagen, die Regierung habe die Lage nicht im Griff. Auch das ist vom September 2022, also relativ frisch. Das ist anders. Darum habe ich Ihnen die Werte aus der Corona-Zeit gezeigt. Es hat unmittelbare Auswirkung auf die Wahrnehmung der Demokratie.

Hier sehen Sie die Trendentwicklung der Frage: „Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier im Ort geschieht, oder ist man machtlos?“ Das ist natürlich eine Kernfrage in einer Demokratie. Es reicht nicht, demokratische Parteien zu wählen. Sondern eine Demokratie funktioniert, wenn die Bürger sich sagen: Der Staat

bin ich, ich habe Einfluss, ich bin derjenige, der bestimmt, wer in den Parlamenten sitzt und der auch Dinge bewirken kann, wenn er nur will. – Sie sehen hier erst mal die Trendentwicklung der Jahre bis 2021. Sie sehen das, was ich eben schon angedeutet habe: Es ist nicht schlechter geworden, es ist besser geworden. Der Anteil derer, die sagen, jawohl, man hat Einfluss, ist von 1992 bis 2021 von 22 auf 47 Prozent gestiegen, immerhin. Da kann man immer noch sagen, das Glas ist halb leer. Aber die Tendenz war ziemlich deutlich. Das fügt sich in eine Vielzahl anderer Ergebnisse ein. Das geschah dann im Jahr 2023, und das heißt, dass wir den Fortschritt der vorangegangenen Jahrzehnte in kürzester Zeit in dieser Hinsicht wieder zunichtegemacht haben. Das hat durchaus Auswirkungen auf die demokratischen Verhältnisse.

Führt das jetzt dazu, dass sich die Bevölkerung radikalisiert? Dazu müsste man weit ausholen. Ich erspare Ihnen das. Vielleicht glauben Sie mir einfach, wenn ich Ihnen sage, wir haben eine Möglichkeit, mit den Umfragen zu prüfen, ob die Befragten radikal sind oder – sagen wir – autoritär denken oder sozusagen ausgeprägt rechts oder links denken mit gewissen autoritären Zügen. Unabhängig davon, welche Partei sie wählen, was wichtig ist, kann ich nun schauen: Ist die Neigung, autoritär zu denken, verknüpft mit der Tatsache, dass man unter der Krise leidet? Die Antwort lautet: Ja, aber.

Hier sehen Sie, dass tatsächlich bei denen, die sich stark oder sehr stark durch die Heizkosten belastet fühlen – das ist auch vom Spätsommer 2022 –, der Anteil derer, die autoritär oder gar radikal denken, etwas größer ist als bei denen, die sich weniger stark oder kaum bis gar nicht belastet fühlen. Allerdings hängt das natürlich auch von anderen Dingen ab. Ob jemand radikal ist, war auch schon vorher mit der sozialen Schicht verknüpft, also das beweist nichts. Aber es zeigt, dass es zumindest einen gewissen statistischen Zusammenhang zwischen sozialer Not und der Neigung zum Radikalismus gibt, auch wenn dieser Zusammenhang nicht unbedingt ursächlich sein muss. Aber ein Warnzeichen war es durchaus schon.

Es gibt noch ein anderes Warnzeichen, und das ist das Letzte, das ich Ihnen zeigen möchte: Wir haben noch auf einem ganz anderen Gebiet ein Problem, und zwar ein Kommunikationsproblem zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Ein Umfrageergebnis hat meiner Ansicht nach mit Recht in den letzten Jahren einigen Wirbel gemacht, und ich verrate Ihnen jetzt: In wenigen Wochen werden wir in Berlin eine Aktualisierung vorstellen. Ich habe vorgestern die Zahlen bekommen. Es hat sich noch einmal etwas verschlechtert. Es ist das Ergebnis der Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei äußern kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“

Der Trend geht eigentlich noch weiter in die Vergangenheit zurück, bis in die 1950er-Jahre. Stets sagten überwältigende Mehrheiten: „Ja, man kann seine Meinung frei äußern.“ Das waren lange Zeit drei Viertel der Bevölkerung. Damals habe ich überlegt: Vielleicht ist auch das ein Corona-Effekt. Aber als wir die Umfrage vor etwa einem Jahr wiederholten, war der Wert immer noch auf einem ähnlichen Niveau wie zuvor. Und jetzt verrate ich Ihnen schon mal etwas, ohne ins Detail gehen zu müssen: Der Wert ist auf diesem Niveau geblieben. Nur hat sich die Gesetzeslage seitdem nicht geändert. Niemand verbietet mir, meine Meinung zu sagen. Also muss irgendetwas anderes in der Gesellschaft geschehen sein, dass der Anteil derer in der Bevölkerung deutlich gewachsen ist, die sagen, man müsse aufpassen, es sei irgendwie gefährlich, die eigene Meinung zu äußern.

Hier könnte ich jetzt sehr ins Detail gehen. Das werde ich nicht tun. Das wäre ein eigener Vortrag. Aber ich zeige Ihnen sozusagen als Schlaglicht eine Trendfrage. Die Frage hatte damals eine Kollegin erfunden. Ich finde das heute noch eine der guten Fragen. Es wurde eine Liste von Themen vorgelegt, eine ziemlich lange Liste, und es wurde gefragt: Was sind heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann? Schöne Formulierung: sich den Mund verbrennen. Das ist Alltag und beschreibt eigentlich, dass man irgendeine Meinung äußert und plötzlich Ärger kriegt. Sie sehen, dass es eine ganze Reihe von Themen gibt, bei denen in den 1990er-Jahren nur sehr wenige Leute sagten: Das ist ein Thema, bei dem man sich den Mund verbrennen kann. – Mittlerweile sind es doch erhebliche Anteile, und es sind die Themen, bei denen im Zweifel gesellschaftliche Konflikte drohen. Hierzu könnte ich jetzt lange Vorträge über sozialpsychologische Mechanismen halten. Tabus sind im Grunde die Felder, bei denen in der Gesellschaft ungelöste Konflikte herrschen. Offensichtlich haben in der Alltagskommunikation Tabus zugenommen, und zwar in einer Art und Weise, dass offensichtlich der Tonfall von intellektuellen Kreisen bestimmt wird, die eine Minderheit in der Bevölkerung sind, aber zu weiten Teilen der Bevölkerung praktisch keinen Zugang haben.

Ein Stichwort, das vielleicht ein bisschen abseitig scheint, aber Sie erinnern sich vielleicht daran. Großes Thema vor zwei Jahren: Cancel Culture. Die Feuilletons waren voll von nichts anderem. Vor allem waren Feuilletonisten damit beschäftigt, zu erzählen, dass es das gar nicht gebe. Da fragte man sich, warum man ganze Zeitungen darüber vollschreibt. Wir haben dann mal gefragt, a) wer diesen Begriff schon gehört hat, und b) falls schon gehört, was er bedeutet. Ergebnis: 12 Prozent der Bevölkerung waren in der Lage, Angaben über die Bedeutung dieses Begriffes zu machen, die nicht offensichtlich falsch waren. Heißt umgekehrt: 88 Prozent hatten keine Ahnung, was das bedeutet. Da merken Sie sozusagen die Fallhöhe.

Sie haben gesehen, ich habe gerade ein paar Folien übersprungen. Da ging es ums Gendern. Darüber reden alle. Dann muss ich es heute nicht auch noch tun. Aber auch an diesen Beispielen können Sie erkennen, wie sehr intellektuelle Debatten und das Sprachgefühl der Bevölkerung auseinanderlaufen, und das wiederum hat Auswirkungen auf unsere politische Kultur.

Hier haben Sie das Ergebnis der Frage, ob man der Ansicht ist, dass immer mehr Leute versuchen, einem vorzuschreiben, wie man zu reden oder wie man zu leben hätte. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sagt: „Ja, das geht mir auch so.“ Ich habe Ihnen das abgetragen nach den Anhängern der Parteien, und Sie sehen: Lediglich die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind mehrheitlich nicht dieser Ansicht. Anderes Beispiel. Das wiederum führt dazu, dass erhebliche Teile der Bevölkerung das Gefühl haben: Da sind Leute, die versuchen, mir dreinzureden, die versuchen, mir vorzuschreiben, wie ich zu denken und zu handeln hätte, wie ich zu reden hätte. Ich habe es mit einer übergriffigen gesellschaftlichen Atmosphäre zu tun. Überall stehen Fettnäpfchen. Ich darf gar nicht mehr sagen, was ich will.

Das führt irgendwann zu dem, was Psychologen Reaktanz nennen. Das sehen Sie im Ergebnis dieser Frage: „Wenn jemand sagt, ich weigere mich mit Absicht, mich politisch korrekt auszudrücken“, ich verkürze die Frageformulierung, „geht Ihnen das auch so?“ Da ist manches an Selbsttäuschung drin. Viele tun es dann doch. Trotzdem sehen Sie die Ergebnisse und auch hier praktisch durch das gesamte Parteienhängerspektrum hindurch. Das wiederum schlägt sich dann irgendwann auch im Wahlverhalten nieder, und sei es indirekt.

Wir haben die Gründe untersucht. Wir alle haben natürlich die steigenden Werte für die AfD beobachtet, verglichen mit den früheren Jahren, und die Frage ist: Warum ist das so? Auch das wäre ein eigener Vortrag. Wir haben diejenigen, die gesagt haben, sie könnten sich vorstellen, die AfD zu wählen, gefragt, warum. Sie finden eine ganze Reihe von Gründen: Unter anderem die Einwanderung natürlich, gleich hier an zweiter Stelle. Eine gewisse apokalyptische Note: „Ich habe das Gefühl, das Land geht sonst den Bach runter.“ Das finden Sie bei Anhängern radikaler Parteien eigentlich immer. Aber Sie haben das Protestmotiv ganz stark an erster Stelle: „Ich kann ein Zeichen setzen, dass ich unzufrieden bin mit der Politik“, und – auch nicht ganz unwichtig – „da reden Leute noch wie normale Menschen“. Da haben Sie sozusagen diese Fallhöhe, die eben dazu beiträgt. Dass sie von den Positionen der Partei überzeugt sind, sagte nur jeder Dritte der potenziellen Wähler dieser Partei.

Also, ich glaube, wir müssen ein bisschen etwas an der politischen Kultur tun. Es hat keinen Sinn, die große Mehrheit der Bevölkerung sozusagen erziehen zu wollen und ihr vorschreiben zu wollen, wie sie zu denken und wie sie zu handeln habe. Das geht auf Dauer nach hinten los.

Danke schön.



Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing): Wir bedanken uns ganz herzlich, lieber Herr Petersen, und ich bedanke mich auch für das Einhalten der Zeit. Aber es ist allen natürlich recht, weil wir dann noch ein bisschen mehr Zeit haben fürs Gespräch.

Ich fange mit einer Frage direkt an Sie, Herr Friedman, an. Wir gehen auf verschiedene Themen ein, die Herr Petersen angesprochen hat. Aber eine Frage – ich hatte vorher diesen Montagabend in Berlin angesprochen und ich möchte das dann doch kurz verbinden –, und zwar: In einer der Umfragen, in den Ergebnissen, von denen Herr Petersen gesprochen hat, geht es um diese Sorgen über steigende Energiekosten, über den Krieg gegen die Ukraine und dessen Folgen, über die Sorge vor steigenden Flüchtlingszahlen. Sie kennen diese Sorgen. Sie waren früher in der Kommunalpolitik in Frankfurt. Sie haben das in Ihrem Buch über das Schlaraffenland, das es in der Form nicht mehr gibt, auch ganz häufig thematisiert. Diese ganz konkreten Sorgen sind das eine. Ich würde Sie gerne nach etwas anderem fragen. Sie treiben nicht die Sorgen um. Sie haben keine materiellen Sorgen. Aber Sie treibt dann doch auch Angst um. Sie schreiben in Ihrem Buch „Schlaraffenland abgebrannt“ von einer Angst, die Sie persönlich seit Ihrer Kindheit nie verlassen hat. Das sei die Angst als jüdischer Mensch in Deutschland.

Jetzt meine Frage, um das beides zu verbinden. Kann man im Grunde das eine gegen das andere aufwiegen und sagen: Ich nehme die Sorgen der Leute zur Kenntnis, aber berücksichtigt doch ihr bitte auch zum Beispiel bei diesem angeblichen oder tatsächlichen Sprechverbot, dass es Menschen gibt, die etwas ganz anderes umtreibt, nämlich nicht nur die Sorge, die sie ja wichtig nehmen, vor Teuerung, sondern auch eine Angst? Ist das etwas, was man zusammenbringen

kann in der öffentlichen Debatte, oder sind das zwei komplett verschiedene Themenbaustellen?

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Das Leben und damit auch die politische Reflexion ist nie monokausal, und deswegen bin ich immer sehr neugierig auf das, was Sie dann so über Zahlen erzählen. Aber auch da müsste man die Kombinationen der Motive bei den jeweiligen Menschen zusammenführen. Es gibt ja nicht nur einen Grund, warum man rechts wählt. Das will ich immer wieder betonen, dass es bei all diesen Zahlen nicht die Monokausalität gibt, die man mir erzählt; sondern ich habe dann soundso viel Prozent deswegen und soundso viel Prozent deswegen. Spannend ist der Mix der verschiedenen Motive, der dann dazu führt, dass man zu etwas kommt, nämlich zu einer Entscheidung.

Das Zweite, das muss ich ganz ehrlich sagen: Sie haben am Ende immer nach den Gefühlen gefragt: „Was sind Ihre Gefühle, wenn ...“ Bei allem Respekt vor Gefühlen, ob mich das dann wirklich beeindruckt, den Gefühlen der Menschen nachzulaufen, allein und primär, die, wie man weiß, sehr variabel und flexibel sind, da bin ich mir auch nicht so sicher. Es ist keine Kritik an dem, was Sie machen, sondern das, was Sie machen, darf nicht überbewertet werden. Seit Politiker nur noch auf das schauen, was Sie und was andere machen, die dann auch noch „Wen würden Sie wählen und warum?“ schreiben, glaube ich, ist die Demokratie viel zu reaktiv von denen, die Verantwortung haben. Sie sind gewählt, um zu gestalten, und sie müssen die Kraft haben, auch dann zu gestalten, wenn ihnen die Zahlen zwischendurch nicht guttun. Seit sie es umgekehrt machen, haben die Bürger weitaus weniger Respekt vor ihnen, als wenn sie gestanden wären und unter Umständen die nächste Wahl verloren hätten.

Also komme ich auf Ihre Frage noch einmal aus einer anderen Perspektive, nämlich die Multikausalität. Alles, was es an Gründen gibt, die ich nicht nur zutiefst respektiere, sondern auch kenne. Ich komme aus einer armen Familie. Zu wissen, dass ich heute ökonomisch privilegiert bin, ist für mich noch immer etwas, bei dem ich mit staunenden Augen mein Leben verfolge. Also, wenn ich heute in ein sehr gutes Hotel in München gehe, um dort zu übernachten, weiß ich, wie viele Jahrzehnte ich mir gewünscht habe, jemals in so einem Hotel übernachten zu können. Jetzt, wo ich es kann, kann ich es nicht vergessen. Die Mehrzahl der wohlhabenden Familien und ihre Kinder – das sind die letzten 30 Jahre – haben nicht gelernt, dass das etwas Besonderes ist, und empfinden es als etwas Selbstverständliches. Das ist ein ganz großes Problem wiederum, das die Demokratie aushalten muss. Denn sie halten ja sogar die Demokratie für etwas Selbstverständliches, das man konsumiert wie die Nacht in so einem Hotel. Deswegen haben

wir nicht allein eine Krise derjenigen, die gegen diese Demokratie sind, sondern – wie ich finde – eine Krise derjenigen, die immer sagen, sie sind zwar für die Demokratie, die aber entweder ein großes Aber haben oder sich denken, heute Abend will ich es mir schön machen lassen. Heute Abend heißt es, Demokrat zu sein, und einen Abend irgendwann zwischendurch mal etwas zu tun und zu handeln, das muss man ja nicht nur im Parlament machen, um diese Demokratie stärker zu machen.

Das ist eine zweite elementare Forderung, die ich für dieses Land und alle demokratischen Gesellschaften habe. Die Demokratie wird nicht – und dieser Satz ist banal und immer wieder gesagt, aber immer wieder bestätigt – an der AfD kaputtgehen, und sie wird nicht einmal an Herrn Aiwanger kaputtgehen. Sie geht kaputt an denen, die behaupten, sie stehen für die Demokratie, aber nicht mit leuchtenden Augen für sie aktiv sind. Deswegen bin ich froh, dass wir heute Abend ein paar Menschen haben – auch das ist schon außergewöhnlich –, die sich für Politik interessieren. Aber am Ende müssen wir alle etwas tun. Nicht Frau Aigner wird die Welt retten, sondern: Wenn wir unsere Demokratie retten wollen, dann ist das entweder unser aller Thema oder gar keines.

Jetzt komme ich zu dem, wohin Sie mich führen wollten und dem ich widerspreche, weil das ein Thema der Demokratie ist. Ich habe gelernt, konstitutiv für die Demokratie ist die Würde des Menschen – unantastbar. Das ist der Ausdruck einer humanistischen, modernen, aufgeklärten Gesellschaft. Vor ein paar hundert Jahren hätten wir gar nicht verstanden, was damit gemeint ist. Der Theaterschriftsteller George Tabori hat einmal gesagt: „Jeder ist jemand.“ In unserem Land wie auch in anderen Ländern, wir reden aber von unserem Land, gibt es Menschen, die sagen: Einige sind niemand, das heißt, sie sagen, die Würde des Menschen ist antastbar. Ich spreche das nicht als jüdischer Mensch aus. Das gilt für Menschen mit anderer sexueller Orientierung, das gilt für Schwarze, das gilt natürlich für Muslime. Wir können über alles diskutieren, aber nicht, dass diese Menschen Menschen sind. Wenn wir vergessen, dass wir über Menschen reden und dass die Grundlage unserer Demokratie ist, dass jeder jemand ist, dann ist, ehrlich gesagt, der Rest der Politik, auf den wir uns dann einigen, in ein paar Jahren dazu umgewandelt, dass Sie alle unter Umständen auch ein Niemand werden.

Das ist die Sehnsucht nach dem Autoritären, nach denen, die den Rassismus aussprechen, als wäre es gar kein Rassismus, sondern die Rettung Bayerns beispielsweise. Es ist der Untergang. Mir ist das so wichtig, weil wir es auch bei Ihren Umfragen gesehen haben, zur Flüchtlingsfrage und all diesen Dingen. Ich glaube, dass die Irritation der Gesellschaft primär darin besteht – und jetzt kommen wir zum

Schlaraffenland –, dass es eine Sehnsucht, weil eine geübte Realität ist: Mir soll es gut gehen – das kann man sehr unterschiedlich mit Zufriedenheit belegen –, und ich will, dass es mir besser geht. Jedes Jahr eine kleine Lohnerhöhung. Jedes Jahr merke ich, ich kann den Urlaub vom übernächsten Jahr bereits planen.

Wir erleben, dass da eine große Unsicherheit entstanden ist, kausal teilweise durch den Krieg, kausal aber schon seit 2007. Die größte Unsicherheit, die die Finanzkrise uns geschenkt hat, war die Sicherheit, dass wir gedacht haben, Geld kostet kein Geld, und dass wir heute eigentlich zu dem zurückkehren, was bis auf diese zehn, 15 Jahren alle, die hier älter sind, erlebt haben: Zinsen von 4 Prozent sind noch nicht der Höhepunkt. Aber wir empfinden das relativ als Höhepunkt.

Und wenn man dafür Sündenböcke braucht: Ja, Juden und Jüdinnen stehen dafür seit ungefähr 300 Jahren nach Jesu Geburt zur Verfügung; denn die größte imperialistische Kraft – entschuldigen Sie –, die Kirche mit ihren Missionaren, hat es geschafft, in die ganze Welt hinauszuschreiben die Lüge, die sie kannten: dass Jesus von Juden umgebracht wurde, also der Teufel sei Gottes Sohn. Überall wurde das erzählt, knapp zweitausend Jahre. Wenn es eine Erinnerungskultur hier gibt, dann ist es, wie Adorno sagt, das Gerücht über die Juden, das beim Zweiten Vatikanischen Konzil zurückgenommen wurde. Aber das sind Sekunden, und die Mühe, das allen jedes Mal wieder zu erzählen – es waren nicht die Juden –, steht in keiner Proportion zu dem, wie Sie sich als Kirchen angestrengt haben zu erzählen: Es waren die Juden. Das ist eine der Quellen. Die meisten, die heute gar nicht mehr religiös sind, haben aber eine kulturelle Erinnerung: War da nicht was? Ist da nicht irgendetwas? Das sind die Vorurteile, die wir als Konstruktion als Kinder gelernt haben.

So. Ich stehe Ihnen, ehrlich gesagt, nun nicht mehr zur Verfügung. Ich bin nicht mehr bereit, als Jude Ihr therapeutisches Potenzial zu sein und ein Psychopharmakon zu werden, das Ihnen das Leben leichter macht. Ich entschuldige mich auch nicht dafür, dass ich nicht die Weltherrschaft habe. Ich kann Ihnen, wenn Sie glauben, dass es die Juden waren, die das Unglück bringen, leider nicht helfen. Ich lasse mich nicht mehr auf diese Psychodynamik ein. Und ich bedanke mich auch nicht mehr bei Frau Aigner, wenn sie mal sagt: „Wehret den Anfängen!“ Sondern da würde ich sie gerne in den Geschichtsunterricht schicken; denn wären die Anfänge abgewehrt worden, würden wir diese Veranstaltung am Montag nicht mehr gemacht haben. Ich höre auf.

Prof. Dr. Ursula Münch: Lieber Herr Friedman, nachdem Sie jetzt ungefähr die Hälfte des Saals mehr oder minder ein wenig beleidigt haben ...

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Also, ich bin immer noch beleidigt, dass man mir vorgeworfen hat, dass Menschen, die meine Vorfahren waren, Jesus umgebracht haben. Warum Sie beleidigt sind, das will ich jetzt gerne hören. Das will ich jetzt hören. Da Sie jetzt gesagt haben: „Nachdem Sie die Hälfte hier beleidigt haben“, möchte ich hören, was und wen ich beleidigt habe.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das hat sich jetzt zum Beispiel so angehört, als ob das nur eine rhetorische Floskel sei, die eine ...

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Es ist eine! Wenn man seit 1950 immer, wenn etwas passiert ist, gesagt hat: „Wehret den Anfängen!“, und wenn wir heute sind, wo wir sind, dann ist entweder das Problem noch größer, oder die Maßnahmen wurden nicht strukturell durchgeführt, beispielsweise in Schulen. Und da geht es nicht darum, den Holocaust zu erzählen. Auch bei der Polizei, wo es bis vor drei bis fünf Jahren kaum zu Verurteilungen kam, und auch bei der Politik, die sich nicht wünschte, was vor drei Jahren zum ersten Mal gesagt wurde, nämlich, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie war. Bis dahin – ich war Zeuge – hat man immer gesagt: Es sind Einzelaten. Was wird das Ausland denken?

Rechtsterrorismus habe ich in meinem ganzen Leben erlebt. Solange man aber eine Diagnose nicht stellt, kann man die Therapie nicht durchführen. Da das aber jetzt gesagt wird, bin ich überzeugt davon, dass meine Kinder es besser haben werden als wir. Und ein Letztes: Wenn ein Bundeskanzler vor wenigen Tagen in der Synagoge – ich war auch anwesend –, um uns Juden Kraft zu geben, sagt: „So etwas darf nie wieder sein“, während es doch gerade war, dann muss ich der logischen Kapazität dieses Bundeskanzlers zweifelnd gegenüberstehen und sagen: Wie kann jemand sagen „Nie wieder“ in einem „Wieder“?

Prof. Dr. Ursula Münch: Das können wir nachvollziehen, Herr Friedman.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Jetzt möchte ich wissen, wo die Beleidigung ist.

Prof. Dr. Ursula Münch: Mich haben Sie nicht beleidigt, lieber Herr Friedman. Aber wir müssen ja auch noch ein paar andere Themen ansprechen.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Nein, nein, nein.

Prof. Dr. Ursula Münch: Doch, doch, doch, doch.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Sie haben das, was ich gesagt habe, in einer furchtbaren Art bewertet.

Prof. Dr. Ursula Münch: Nein, Herr Friedman ...

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Ich entschuldige mich übrigens, wenn das stimmt, aber ich würde gerne wissen, wo.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ich habe zum Beispiel den armen Herrn Breit ein bisschen in Schutz nehmen wollen ...

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Er ist nicht arm!

Prof. Dr. Ursula Münch: Doch. Er kann nämlich nichts für die Katholische Kirche. Er ist bei der Evangelischen ... Herr Friedman?

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Frau Münch.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Friedman.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Frau Münch. Der Luther seiner Kirche war auch nicht besser.

Prof. Dr. Ursula Münch: Da können wir Ihnen auch zustimmen. Ich bitte um Verständnis. Mir war das klar, dass das ein interessanter Abend wird. Aber jetzt möchte ich Frau Séville und Herrn Petersen auch nicht zu Statisten machen. Sie kennen das Leid eines Moderators und einer Moderatorin.

Ach, das wäre jetzt auch nichts. Jetzt sind Sie nicht beleidigt.

Aber wir wollen Frau Séville ... jetzt brauchen wir schon die Einordnung, liebe Frau Séville. Also, Sie müssen jetzt alles einordnen. Nein, müssen Sie nicht. Aber diese Themen, über die wir jetzt gesprochen haben, die wir gehört haben ... Sie beschäftigen sich mit Repräsentation, mit Repräsentationsdefiziten, mit denjenigen, die sich nicht gehört oder gesehen fühlen, aus welchen Gründen auch immer das der Fall ist.

Die Frage ist: Gehört zur Mobilisierung derjenigen, die sich bis jetzt nicht gehört fühlen, dieses Ausgrenzende mit dazu, dieses Denken in „Wir“ und „die Anderen“? Warum haben wir auf einmal diese Mobilisierung von Wählerinnen und

Wählern? Vorher haben wir gehört, es sei doch auch einer der Vorzüge des letzten Wahlergebnisses im Bayerischen Landtag gewesen. Herr Petersen hat schon gesagt, mit der Wahlbeteiligung muss man immer aufpassen. Aber es ist eine Mobilisierung, die ja auf Kosten auch der Diskurs- und Streitfähigkeit doch stattgefunden hat. Oder täusche ich mich?

Prof. Dr. Astrid Séville (Leuphana Universität Lüneburg): Ja, jetzt kommen wir nach diesem Rundumschlag in die Rolle, das alles noch mal zusammenzubinden. Also ich würde tatsächlich sagen, politisch können wir natürlich immer sagen, dass Mobilisierung dann vor allen Dingen funktioniert, wenn sie auf Skandale, auf Affekte, auf Emotionen und so etwas setzt. So funktioniert leider sehr oft Politik und so bekommen Sie dann auch Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisiert. Insofern kann man natürlich so ein bisschen vom politischen Spielfeldrand sagen, und das meine ich erst einmal relativistisch: Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu mobilisieren ist nun mal ein zweischneidiges Schwert, denn da sieht man eben, wo die dann politisch auch stehen. Es gibt einige, wie soll ich sagen, sarkastische bis zynische Kollegen in der Politikwissenschaft, die sich über jeden Nichtwähler freuen, weil ...

Prof. Dr. Ursula Münch: Es sitzt eine hier. Sie auch?

Prof. Dr. Astrid Séville: Nein, das bin ich nicht. Aber man sitzt dann da und sagt: Ja, okay, das sind die Stimmen, die jetzt natürlich auch Gehör finden, auch im Parlament. Ich möchte trotzdem noch etwas sagen – mir schien das doch ein ganz interessanter Disput, der sich jetzt hier eröffnete – zu der Frage, inwiefern man das politische, das gesellschaftliche Klima mit den gefühlten, mit den subjektiven Eindrücken denn gut abfangen kann.

Sie haben uns ja sehr eindrücklich geschildert, was denn so die Eindrücke und die Gefühle Ihrer Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer sind. Da möchte ich schon so ein bisschen beipflichten. Diese Selbsterzählungen, die wir manchmal als politische Subjekte haben, die wir alle als Bürgerinnen und Bürger haben, sind ja auch zum Teil sehr problematisch. Es ist ja eine Frage – das ist eben Teil dieses Forschungsprojekts –, wie wir uns eigentlich selber politisch erzählen, wie wir uns eigentlich selber präsentieren, und vor allen Dingen auch, was wir für Selbstentwürfe haben. Dazu gehören auch diese Beschwörungsformeln, die Herr Friedman zu Recht vielleicht skandalisiert. Das sind natürlich alles auch Selbstbeschwörungsformeln eines bürgerlichen politischen Lagers, das sich in diesen Formeln auch als hilflos erweist.

Das meinte ich gerade damit, dass diese gefühlten, diese subjektiven Eindrücke uns dann vielleicht gar nicht immer dazu lenken sollten, daraus Politik zu machen. Wir müssen also fragen: Was ist das Klima? Was sind vielleicht die subjektiven Eindrücke von Bürgern, aber was folgt daraus jetzt politisch? Es gibt in der Politikwissenschaft schon lange die Debatte – da kann man zurückschauen bis Wilhelm Hennis, und Herr Friedman hat das gerade noch mal mit Verve gemacht –, dass Demokratie nicht Demoskopie ist. Das sind unterschiedliche Dinge. Insofern kann man dann vielleicht doch sagen, wenn wir denn im Landtag sitzen, dass Abgeordnete und die Landtagspräsidentin auch manchmal Politik machen, die Bürgerinnen und Bürger vielleicht wehtut. So ist es.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wenn die Bürgerinnen und Bürger – auch das hat Herr Friedman in seinem Buch geschrieben – dann aber verärgert reagieren ... Sie haben gesagt, das muss die Politik dann akzeptieren. Aber müssen wir dann womöglich auch akzeptieren, dass diejenigen, die vielleicht auch mal das Richtige machen wollen, abgewählt werden, weil sie es ehrlich artikulieren und ankündigen? Ist das dann im Grunde nicht für uns die Situation, dass diejenigen bestraft werden, die ankündigen, was sie tun, während diejenigen, die den Leuten weiterhin nach dem Mund reden – und da gibt es ja doch die einen oder anderen in den Parlamenten –, die völlig überziehen, die extremistisch, populistisch argumentieren, ausgerechnet dafür belohnt werden?

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Das ist eine sehr wichtige Frage, weil sie auch etwas mit der Sozialpsychologie zu tun hat. Also erstens ist die Frage, dass du ehrlich ankündigst, was du tun willst, glaube ich, nicht unbedingt das Kernproblem, das den Extremisten dann Zulauf gibt. Das größte Problem nicht nur in der Politik ist, du kündigst etwas an und tust es nicht oder du tust sogar etwas ganz anderes, als du angekündigt hast. Das geht in eine der ganz wesentlichen, demokratiestabilisierenden oder -destabilisierenden Kernfragen über, Vertrauen oder Misstrauen. Das kennen wir alle von unserem alltäglichen Leben.

Wir erleben das aus ganz verschiedenen Gründen, aber auch, weil es eben Koalitionen gibt. Das muss man dann eben doch sehen: Demokratie ist Kompromiss. Übrigens glaube ich, jedes Paar lebt nur im Kompromiss, jeder Mensch lebt übrigens in sich – das sage ich jetzt als Philosoph: Wir können nur als Einzelwesen auch hier und hier bestehen, weil wir permanent Kompromisse eingehen. So gesehen glaube ich, dass es, wie Sie gerade sagen, nicht das Kernproblem ist, etwas anzukündigen, sondern, wie gesagt, es nicht zu machen.

Oder aber es sind Umstände, dass ich, obwohl ich es machen will, es jetzt nicht machen kann. Das würde ich, beispielsweise als der Ukraine-Krieg ausgebrochen ist, dieser Bundesregierung immer konzedieren. Ich würde sagen: Die wollten, und dann passiert etwas, und vieles geht nicht mehr. Dann musst du es allerdings erklären, und damit meine ich nicht Kommunikation, bei der dann wieder 27 Kommunikationscoaches viel Geld verdienen für nichts. Sondern damit meine ich einfach, du musst der Bevölkerung dann sagen: Es gibt Umstände, erstens, zweitens, drittens, die mir jetzt fehlen, um das zu machen, was ich machen will. Ich sage euch das ganz ehrlich, wie es ist. Das schaffe ich jetzt nicht, aber ich habe das Ziel nicht verloren. Was ich tun kann, tue ich jetzt. Wenn man das so aufgreift, glaube ich, dann ist das, was wir bei den extremistischen Parteien kennen, anders.

Ein Wort oder einen Gedanken will ich nur ergänzen: Bei den extremistischen Parteien haben wir hier gesehen, dass ein Drittel jedenfalls voll hinter der Partei, mittlerweile eineinhalb Parteien des Hasses und der Hetze stehen. Das allein wären in Sachsen 10 Prozent der Bevölkerung. Zählen Sie mal: jeder Zehnte, das ist leichter als 10 Prozent. Hier wäre es dann ungefähr jeder Dreizehnte, Vierzehnte. Das muss man sich vorstellen. Jeder Dreizehnte, Vierzehnte, wissen Sie was, jeder Zwanzigste denkt also, Ausländer sind eine Gefahr, Muslime sind eine Gefahr. Das sagt der eine, wenn er von der Übervölkerung spricht. Alles, was Flucht und Migration ist, ist eine Gefahr, und über allem drüber stehen die Juden, die sowieso eine Gefahr sind. Sie sind sogar die Gefahr – so wird dann erzählt in diesen Kreisen –, die uns die Fremden hierherschicken. Die Juden haben einen Plan, nämlich Deutschland zu bestrafen seit 1945. Ja, es klingt in Ihren Ohren lächerlich, aber bei jedem Zwanzigsten oder real Fünfzehnten eben nicht.

Auch hier kann ich nur davor warnen, dann alle die, die nicht zu diesem harten Kern zählen, wiederum monokausal zu exkulpieren – und sie zu Protestwählern zu machen, ist eine Exkulpation. Es gibt aber eine Affinität dazu: Wir nennen das die aktiven und die passiven Rassisten. Ich war immer entsetzt, wenn Parteien der demokratischen Mitte ... Damit meine ich jetzt nicht unbedingt nur die Union. Es gibt noch andere, auch wenn Sie glauben, und vor allem die CSU, sie sei die einzige.

Prof. Dr. Ursula Münch: Also Sie weiten den Begriff über die Union hinaus aus.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Ich erlaube mir ... Da Sie gesagt haben, dass ich schon die Hälfte irgendwie ..., mache ich die andere Hälfte auch noch voll.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das ist jetzt schon sehr sympathisch.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Also, ich will damit nur deutlich machen, die haben ja irgendwo auch geparkt. Es sind nicht nur die Mehrwähler. Sondern all diese Leute, über die wir gerade sprechen, haben irgendwann mal geparkt. Sie parkten in der SPD, sie parkten in der FDP und sie parkten sehr in der Union. Dass die jetzt eine neue politische Heimat finden, ist eigentlich sehr viel ehrlicher auch für unser gesellschaftspolitisches Diskutieren. Wo steht eigentlich diese Gesellschaft? Ich sage es noch mal: Wer schreit „Tod den Juden!“, schreit „Tod der Demokratie!“.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie stellen sich demokratische Parteien der Herausforderung? Wenn ich AfD-Wähler wäre und man würde mich zu einem Wähler degradieren, der eigentlich gar nicht wusste, warum er diese Partei gewählt hat ... In unserem Grundgesetz steht: Jeder Bürger weiß, wen er wählt. Oder wollen Sie neuerdings sagen, die Wähler und Wählerinnen wissen auch nicht, warum sie die CSU wählen? Das ist ja unser Anspruch. Der Wähler weiß, was er will. Das ist sein Wille mit der Stimme. Nur bei der AfD heißt es, es sind Protestwähler. Geht's noch? Logisch gesprochen? Handeln wir, arbeiten wir! Exkulpieren wir uns nicht, machen wir es uns doch bitte auch mal schwerer.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank für diesen Hinweis, dass Sie sagen, wenigstens erkennt man es jetzt. Das finde ich einen interessanten Gedanken, eigentlich einen naheliegenden Gedanken. Jetzt hat natürlich Herr Petersen vorher schon von diesem Protestpotenzial gesprochen und von dem Unzufriedenheitspotenzial. Da ist ja eine gewisse unterschiedliche Sichtweise ganz offensichtlich von Ihnen beiden. Herr Petersen, wie ordnen Sie das ein? Herr Friedman sagt, da kommt was zutage, was es immer schon gegeben hat, nämlich schlicht und ergreifend extremistisches Denken, antisemitisches Denken, antiislamisches Denken. Sie sagen, das ist eher Unzufriedenheit.

PD Dr. Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach): Die Antwort auf beide Thesen lautet: Ja. In der Tat bin ich immer etwas skeptisch, wenn erzählt wird, es gebe immer mehr Antisemitismus im Land. Das unterschätzt den Antisemitismus früherer Jahrzehnte. So gesehen, gehe ich bis dahin mit. Aber ich muss da an den großen alten Münchner Kernphysiker Heinz Maier-Leibnitz denken, der bei solchen Gelegenheiten nicht müde wurde, scheinbar banale Sätze zu wiederholen wie beispielsweise den Satz: Wissen ist besser als Nichtwissen. So, und damit haben wir sozusagen erstens den Grund, warum man die Demoskopie braucht. Und zweitens betrifft das in der Tat auch die Wähler. Es ist ja auch nicht

plausibel zu sagen: Jetzt haben wir eine Krise und plötzlich entwickeln die Leute alle rudelweise extremistische Ansichten. Der Anteil derjenigen, die extremistisch denken, unabhängig von der Parteiorientierung, hat sich in den letzten Jahren wenig bis nicht verändert. Wenn ich sage, da ist ein erhebliches Element des Protestwählens dabei, dann wüsste ich nicht, wie man das wegdiskutieren sollte.

Es macht die Sache ja nicht besser, sondern es ist klassischer Bestandteil radikaler Bewegung jedweder Art, dass sie nicht den Irrsinn pur präsentieren, sondern ihn verknüpfen mit tatsächlichen Beständen, mit tatsächlichen Sorgen – übrigens kaum etwas ist wichtiger als Gefühle in dem Zusammenhang; sie bestimmen nämlich das Verhalten der Menschen –, möglicherweise sogar mit berechtigten Klagen. Wenn sich dann die demokratischen Parteien nicht dazu bereithalten können, diese Klagen aufzugreifen, dann werden sich schon andere finden. Also die Gefahr besteht nicht im Extremismus, die Gefahr besteht im Extremismus in Kombination mit anschlussfähigen Inhalten, wo Leute sagen: Gott sei Dank, endlich sagt es mal jemand. Sie merken gar nicht, dass sie mit dieser Zuckerpille dann eben auch andere Dinge mitschlucken.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dafür gibt es ja zurzeit reichlich Futter für diese Krisenprofiteure. Aber Herr Friedman mag widersprechen.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Nein, also ich muss ganz ehrlich sagen, bei allem Respekt, einfach so zu sagen, die Gefahr liegt nicht bei Extremisten oder extremistischen ... Das haben Sie gerade gesagt.

PD Dr. Thomas Petersen: Ja, aber das ist so jetzt trotzdem eine Fehlinterpretation dessen, was ich gesagt habe.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Nein, deshalb versuche ich das ja ... Ich interpretiere gar nichts. Sie haben gesagt, die Gefahr liegt nicht bei extremistischen Ansichten und Parteien. Ich wollte ja nur noch mal fragen, wie Sie das meinen. Ich finde, die Gefahr – und ich sage es wie Sie, da bin ich einig –, die jetzt ganz klar und nicht mehr vernebelt sichtbar ist, besteht durch Extremisten, extremistische Parteien, die mit extremistischen Aussagen und damit antidemokratischen Aussagen ... Die stehen nämlich nicht am Rand der Demokratie, sie stehen außerhalb der Demokratie. Sie sagen ja auch, dass sie eigentlich eine andere Gesellschaftsform wollen, dass alles, was Politik ist, korrupt ist, was alles nicht stimmt. Übrigens sagen sie wirklich alles, was sie denken. Aber wenn man ihnen dann widerspricht, empfinden sie das als eine Unverschämtheit und sagen: Man kann

doch nicht sagen, was man alles denkt. Als Demokrat muss man Widerspruch annehmen.

Ich wollte nur sagen: Natürlich ist erst einmal auch für mich als Juden der Extremist eine existenzielle Gefahr. Er sieht mich nicht mehr als Menschen und glaubt, ich stehe mit meinem Leben und meiner Gesundheit zur Verfügung. Dann ist es mir übrigens völlig egal, aus welchem Motiv er kommt, ob aus einem islamistischen Radikalismus, aus dem Linksextremismus. Aber es sind extremistische Menschen. Ich sage Ihnen ganz offen: Herr Höcke ist ein existenzielles Problem für meine Zukunft.

PD Dr. Thomas Petersen: So, Herr Friedman, dann sind wir uns in der Sache doch einig. Also müssen Sie mir doch nicht das Wort im Munde herumdrehen.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Also, dann würde ich mir wünschen, dass Sie es präziser formulieren. Nein, so geht das nicht. Dann hätten Sie sagen können, nicht müssen, 30 Prozent der Extremisten machen mir keine Sorgen. Weil so, wie ich es gehört habe ... ein Mann, der so differenziert denkt ... Ich lasse es nur nicht stehen. Es ist gut, wenn wir es ausgetauscht haben. Einverstanden?

PD Dr. Thomas Petersen: Es ist gut, wenn wir es ausgetauscht haben, und ich glaube auch nicht, dass es irgendwo Missverständnisse beim Publikum gibt. Jedenfalls nicht versehentlich.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Sehen Sie, was ich glaube und nicht glaube, dazu würde ich an Ihrer Stelle hier wieder eine Umfrage machen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gut.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Moment, nein, das ist jedes Mal dieses Spiel. Das geht nicht. Jemand sagt was und dann ...

PD Dr. Thomas Petersen: Nein, jetzt reicht es aber an dieser Stelle.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Es reicht überhaupt nie.

PD Dr. Thomas Petersen: Es ist überhaupt kein Spiel. Sondern ich habe mich klar und unmissverständlich ausgedrückt und ich lasse mir von Ihnen nicht eine Rechtfertigung von Extremismus in die Schuhe schieben.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Ich habe das nicht gesagt.

PD Dr. Thomas Petersen: Dann haben wir uns ja gegenseitig fehlinterpretiert. Wie gut.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gut, also.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Dann haben wir uns gegenseitig missverstanden. Trotzdem bleibe ich dabei.

Prof. Dr. Ursula Münch: Meine Herren.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Nein, ich kann nicht stehen lassen, dass man das als etwas wie ... ich lasse ... dass ich Sie jetzt dazu mache. Ich wünsche mir nur, wenn wir über solche Dinge reden, die Präzision, dass nichts missverständlich im Vordergrund steht, weil auch in diesem Raum statistisch jeder Fünfzehnte mindestens eine Affinität hat. Mich betrübt das. Es ist mein Leben. Ich will noch mal dazu sagen: Sie sagen, man sollte Protestwähler sagen. Ich will Ihnen sagen, warum ich das nicht sage. Jeder Wähler, der so wählt – da bin ich politikwissenschaftlich –, gibt einer Partei Macht, um ihre Ziele zu verfolgen, ihre, und ihre Ziele sind Hass und Hetze. Wenn jemand das aus Protest macht, den ich verstehen kann ... die Rente, die Inflation, alles verstehe ich. Aber all das ist keine Rechtfertigung, um zu sagen: Ich wähle eine Partei, die als Programm Hass und Hetze hat. Ich will diesen Wähler stellen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Friedman, könnten wir uns darauf verständigen, dass wir uns darin alle einig sind, zumindest wir hier oben auf dem Podium? Danke schön.

Frau Séville, wir haben in den Umfragen über Sprechverbote gesprochen. Es geht um die Frage: Was darf man eigentlich noch sagen? Es gäbe heikle Themen, und wir merken ja schon, wie sensibel wir alle verständlicherweise reagieren und Herr Friedman besonders sensibel und selbstverständlich auf diese Äußerung reagiert. Sie publizieren. Neu erscheint ein Buch von Ihnen: „Politische Redeweisen“. Was sind politische Redeweisen? Ist das die neue Form für: besonders achtsam miteinander umgehen? Ist es die neue Streitkultur? Was sind politische Redeweisen? Und wie ordnen Sie unseren Disput zwischen den beiden Herren ein?

Prof. Dr. Astrid Séville: Ich weiß jetzt, warum Sie wollten, dass ich in der Mitte sitze.

Na ja, gut. Also zunächst einmal müssen Sie mir noch eines zugestehen. Ich glaube, wir müssen hier noch einmal vorsichtig sein. Also, es ist etwas anderes, ob ich, wie Herr Petersen, versuche, Motivsuche zu betreiben, also herauszuarbeiten, was die Motive sind von Wählerinnen und Wählern, überhaupt von Bürgerinnen und Bürgern, Wahlentscheidungen zu treffen, oder danach auch zu erzählen oder erzählbar zu machen, sagen wir es so. Das ist etwas anderes, und da bin ich bei Herrn Friedman. Die Konsequenz, die Drastik der Konsequenz, glaube ich, muss man auch diesen Wählerinnen und Wählern vor Augen führen. Hier geht es auch um ideologische Vehikelparteien und darum, was man damit begünstigt. Welche Stimme gibt man dann? Welche Stimme ist dann laut im Parlament? Das ist aber etwas anderes. Der Punkt ist, glaube ich schon: Auf der einen Seite sehen wir hier – das haben Sie eindrücklich beschrieben – auch eine Kontinuität bestimmter Einstellungen. Dieses Problem, wie viele in einem solchen Saal oder ... hier ist dieser Saal vielleicht ein bisschen vorselektiert. Gehen Sie in die U-Bahn, in die Straßenbahn meinetwegen, wie viele dort eine Affinität zu Ansichten, Ideologien, programmatischen Sätzen haben, die wir als hochgradig demokratiegefährdend bezeichnen müssten. Das ist ja frustrierend sehr stabil.

Der Punkt ist allerdings: Wie geht man jetzt damit um? Was machen wir denn jetzt? Da, glaube ich – und jetzt sprechen Sie mich auf das Buch an –, ist es dann interessant, sich genau das anzuschauen, was Herr Friedman jetzt schon – wie ich ja auch finde – mit nachvollziehbarer Empörung gemacht hat. Sich anzuschauen: Wie spricht denn jetzt eigentlich die demokratische Mitte? Wie reagiert denn eine politische Mitte, eine gesellschaftliche Mitte darauf? Wenn mein Co-Autor, der sogar im Raum ist, und ich etwas schneller gewesen wären, dann hätten Sie sich das Buch alle zu Weihnachten wünschen können. Aber jetzt wird es wahrscheinlich Januar. Ich schaffe nicht das Tempo von Herrn Friedman. In drei Wochen, haben Sie eben kurz angedeutet, ein Buch schreiben?

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Es erscheint im Februar.

Prof. Dr. Astrid Séville: Ach, da sind wir vor Ihnen. – Aber da soll es darum gehen, sich anzuschauen, wie sich denn auch in der politischen Mitte die Art und Weise zu sprechen verschoben hat. Das ist nicht gleich wieder diese These, es gibt einen Ruck, es gibt eine Diskursverschiebung. Sondern – das habe ich eben nur so angedeutet – es gibt auch eine gewisse Hilflosigkeit in der politischen Mitte. Wir beobachten dann schon, wie bestimmte Motive miteinander verbunden werden, die wir vielleicht vorher auseinandergehalten haben.

Also zum Beispiel – ich meine, das ist immer das viel zitierte Beispiel, aber wahrscheinlich, was politische Rhetorik anbelangt, sicherlich auch eines der interessantesten Beispiele der Gegenwart – zu sprechen in der Art und Weise eines Robert Habeck: Wie spricht der eigentlich? Wie versucht er, seinen Punkt zu machen? Man kann aber auch andere Sprecher oder Sprecherinnen nehmen, und in unserem Buch kommt – das darf ich vielleicht auch sagen – Ilse Aigner einmal ganz kurz vor. Denn auch da kann man natürlich sehen: Wie spricht eigentlich eine Landtagspräsidentin? Sie müssen ja auch unterschiedlich sprechen. Sie sprechen zu verschiedenen Publika, also zu verschiedenen Zielgruppen. Sie müssen wahrscheinlich – das darf ich annehmen – im Landtag anders sprechen als im berühmten-berühmten bayerischen Bierzelt. Sich diese verschiedenen Sprechweisen anzuschauen und zu sehen: Was passiert denn da eigentlich, wenn die Mitte sich bedroht sieht? Sie kann ja nicht einfach ... sie muss ja auf Vorwärtsverteidigung schalten. Aber sie muss eben auch anders lernen, sich zu verteidigen. Das ist die Frage.

Prof. Dr. Ursula Münch: Verändert dann eine Rede auf einem Festplatz in Erding die Positionierung und das Sprechen der politischen Mitte?

Prof. Dr. Astrid Séville: Jetzt fragen Sie mich nach einem ganz bestimmten Akteur, dessen Name schon genannt wurde.

Prof. Dr. Ursula Münch: Es können auch ... Es gibt genug dieser Akteure, es gibt genug dieser Reden.

Prof. Dr. Astrid Séville: Aber das Interessante ist, dass diese Rede in Erding von Hubert Aiwanger ja durchaus Konsequenzen hatte auch für seine Art und Weise, in anderen Räumen zu sprechen, also dass ihm das auch dann zu Recht vorgehalten wurde. Man kann nicht in Erding von dem Zurückholen der Demokratie sprechen, man kann nicht in Talkshows von einer formalen Fassade der Demokratie sprechen und zugleich im Landtag staatsmännisch auftreten oder zumindest ministerial auftreten. Das wiederum, diese Gleichzeitigkeit von eigentlich Ungleichzeitigkeit ... diese Gleichzeitigkeit von diesen eklatant auseinanderfallenden Sprechweisen, das ist für die Mitte ein Problem.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt würden einige darauf antworten: Selbstverständlich kann man das. Das ist ein Publikum, das man ansprechen möchte. Man möchte die Leute begeistern. Man möchte sie eventuell abhalten, etwas anderes zu wählen, und dann spräche man doch besser so, wie die Leute angeblich selber sprechen und was sie hören wollen. Damit würde man doch womöglich

vermeiden, dass sie das noch größere Übel wählen. – Nicht meine Meinung, ich referiere.

Prof. Dr. Astrid Séville: Das halte ich aber für falsch. Dann möchte ich auch gerne in diesen Räumen noch an etwas erinnern. Ich glaube, dass Politiker, die Ministerialämter bekleiden, eben ein gewisses Amtsverständnis brauchen. An diesem Amtsverständnis, glaube ich, müssen wir auch festhalten. Ein gewählter Politiker, eine gewählte Politikerin muss anders sprechen als jemand in der U-Bahn oder in der Straßenbahn. Es gibt nun mal eine parlamentarische Demokratie, die eben auch Amtsträgerinnen und Amtsträger verpflichtet.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gleichzeitig – Sie haben ja völlig Recht – erleben wir aber, dass man stolz darauf ist, zu sprechen wie der Pöbel. Herr Friedman.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Also ich habe ein Problem mit dem Begriff Pöbel. Wenn man sich den Bundestag anschaut – den Landtag in Bayern schaue ich mir nicht oft genug an, bin also nicht kompetent, aber ich werde es für das nächste Mal tun –, ist seit dem Einzug der AfD bei fast allen Parteien bemerkbar, dass sie sich sowohl in ihrer Sprache und in ihrem Habitus als auch in ihrer Lautstärke verändern. In der Regel ist es dann doch so, dass in einem gruppendynamischen Prozess – wenn eine Gruppe anfängt, sowohl im Inhalt als auch in der Form in die Hetze zu gehen – sich die anderen das anhören und anhören, und man verschiebt irgendwie die eigene Sprache mit. Das hat nichts mit dem Rechtsextremismus oder der AfD allein zu tun. Man nennt das die Dezibelisierung. Wer Kinder hat, hat das oft erlebt. Wer ist gerade der Freund von einem Zehnjährigen – bei Pubertierenden ist es am schlimmsten. Plötzlich kommt er oder sie nach Hause, und alles ist vorbei, was man so beigebracht hat. Und das passiert natürlich in der politischen Sprache auch.

Ich meine das jetzt in dem Sinne überhaupt nicht wertend, sondern nur berichtend, wenn man so eine These in den Raum stellt. Ich bin sicher, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU früher solche Bemerkungen wie „die kleinen Paschas“ nicht gemacht hätte. Es sind Signale, es sind ... ich will das jetzt nicht als Thema aufbauen. Wenn ich es als Thema aufbauen würde, können wir gleich anders darüber reden, von Herrn Söder gar nicht die Rede. Also, ich will damit sagen, die Sprache verroht. Die Art und Weise, wie man miteinander umgeht, verroht, und es verroht noch etwas. Und da bitte ich noch mal um Entschuldigung, wenn Sie sich persönlich angegriffen fühlten. Für mich war der Satz, egal wer ihn gesagt hätte, das Momentum, wo ich gefragt hätte und hinterfragt hätte, ohne dass man deswegen glaubt, man unterstelle einem das, was man an Reflexion eines

so unvollendeten Satzes aus meiner Sicht glaubt, man würde jemanden in so eine Rolle drängen. Aber selbst, wenn Sie es glauben, würde ich es sogar billigend in Kauf nehmen, um Ihnen das aber auch zu sagen, weil uns Leute zuhören.

Ich nehme das als das harmloseste Beispiel und gehe in den Bundestag. Was da alles gesagt wird und aus welcher Geisteshaltung in einem demokratischen Parlament, muss dort gesagt werden. Die Partei ist demokratisch gewählt worden, aber deswegen ist sie immer noch keine demokratische Partei. Und das verändert uns alle. Auch wir haben uns verändert, meine Damen und Herren. Wir haben seit Herrn Sarrazin aus der bürgerlichsten Mitte und seinem Buch, gerade in der bürgerlichen Schicht, eine Enthemmung kennengelernt. Und übrigens kenne ich viele Menschen, die nicht AfD wählen oder eine Partei mit Herrn Aiwanger, der eben stolz darauf ist, dass er für die große schweigende Mehrheit die Demokratie zurückholt. Wer hat sie ihm eigentlich geklaut, wollte ich ihn fragen. Wer hat die Demokratie gestohlen, dass er sie zurückholen muss? Die Demokraten, dann ist es gut so.

Wir haben uns verändert, weil wir zum Beispiel oft nicht reagieren – zu Hause, im Verein, bei Diskussionen, im Beruf. Wir hören doch dauernd seit vielen Jahren, spätestens seit 2015: „Merkel muss weg“. Was ist denn das für ein Gedanke? Was ist das für eine Aggression in einem Satz, die Bundeskanzlerin „muss weg“? Wir hören doch alle noch in unseren Ohren, wie Menschen, die der bürgerlichen Mitte angehören, dann sagen: Ich habe ja nichts gegen Fremde, aber. – Dieses Aber wird übrigens immer größer im Diskurs, den wir bis heute haben, weil wir es nicht mehr gewohnt sind, eine Haltung zu haben, die wir verteidigen. Also sagen wir das, was genehm ist, und dann kommt so ein großes Aber, so lange, bis das, was wir an Haltung hatten, nicht mehr erinnert ist.

Ich kann nur noch sagen, wie es mir geht. Die meisten Dinge, die ich zu entscheiden habe, auch politisch für mich, haben so eine Entscheidung von 50,1 bis 50,9 Prozent. Das ist ein Dilemma. Das ist ein Konflikt. Aber eine hundertprozentige Antwort kann es auf keine Frage geben. Dazu müsste man Gott sein. Deswegen sage ich uns nur: Die Komplexität ist heute genauso wie vor 300 Jahren. Sie ist vielleicht sogar weniger groß, weil wir viel gebildeter sind, um mit komplexen Fragen umzugehen. Aber wir werden in dieser Situation, dass man zwischen zwei Entscheidungen eine der beiden nimmt, weil das Dritte, das uns angeboten wird, ja nicht eine politische Konzeption im Extremen ist, sondern immer nur der Angriff: Was auch immer ihr entscheidet, ist immer falsch. – Sich darauf einzulassen ist gefährlich. Es entmündigt mich. Es gibt mir einen kurzen Augenblick die Hoffnung, ich hätte jetzt meine Ruhe und die werden es schon für mich tun. Aber

es tun nur die etwas, die etwas entscheiden. Die, die immer nur sagen: „Alles, was alle entscheiden, ist falsch“, sind Menschenfänger.

Prof. Dr. Ursula Münch: Frau Séville, woran liegt es, dass diese Radikalisierung auch in der Mitte stattfindet? Liegt es daran, dass die Botschaften der Repräsentanten der Amtsträger in der digitalisierten Demokratie gar nicht mehr so recht ankommen, weil die Leute es womöglich gar nicht zur Kenntnis nehmen? Liegt es daran, dass ganz viele Menschen sich schlicht und ergreifend überhaupt nicht für Politik interessieren und sich dann auch ganz leicht kapern lassen? Wo sehen Sie die Ursachen?

Prof. Dr. Astrid Séville: Ja, ich bin immer so ein bisschen vorsichtig mit solchen Verfallsgeschichten beziehungsweise so großen Thesen von Veränderung. Schon in den 1960er-, 70er-Jahren wurde angeprangert, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Politik berieseln ließen, sich eigentlich nicht dafür interessierten. Jürgen Habermas formulierte das als staatsbürgerlichen Privatismus und kritisierte das. Insofern kann man auch nicht sagen, es interessieren sich jetzt immer weniger Leute für Politik. Ich bin auch immer sehr vorsichtig, wenn es um diese These einer zunehmenden Verrohung und Entzivilisierung der politischen Mitte geht. Wenn man sich einmal die Mühe macht und sich politische Statements unter anderem von CSU-Generalsekretären der 1990er-Jahre anguckt, ist das bisweilen vergnüglich, bisweilen aber auch nicht: die Formulierung „durchrasste Gesellschaft“, die auch oft zitiert wurde. Also es gibt nicht diese eine lineare Geschichte von einer sukzessiven Verrohung. Das, glaube ich, können wir gar nicht so abbilden. Es gibt ja auch eine wirklich interessante und bemerkenswerte Gleichzeitigkeit dieser Eindrücke, die wir ja sowohl durch Ihre Erhebung als auch durch die gerade besprochenen Thesen haben, nämlich auf der einen Seite, dass man den Eindruck hat, wir haben eine Verrohung. Was tatsächlich zunimmt, seitdem die AfD im Bundestag sitzt, sind Zwischenrufe, Ermahnungen. Das Bundestagspräsidium muss ja auch sehr häufig ermahnen, muss noch mal Tadel aussprechen. Das nimmt zu. Das heißt, da können wir eigentlich sagen, da ist etwas passiert, was man vielleicht Verrohung nennen könnte. Das heißt also, es gibt irgendwie so ein Lauterwerden einer missgünstigen, fundamentaloppositionellen Kraft. Jetzt sprach Herr Friedman auch von sozialen Situationen im Alltag, als ob wir da auch so eine Entzivilisierung und Verrohung beobachten könnten, und gleichzeitig haben wir aber die These, man dürfe heute gar nichts mehr sagen. Das ist ja eine bemerkenswerte Gleichzeitigkeit. Also einerseits glauben so viele Menschen, sie dürften nichts mehr sagen; aber andererseits beschreiben wir – wahrscheinlich haben viele von uns auch gleich Situationen im Kopf –, dass wir uns doch angegangen fühlen, dass der Ton rauer geworden ist.

Das, glaube ich, weist doch dann wirklich – beziehungsweise das haben Sie auch ein bisschen angedeutet, Herr Petersen – auf große gesellschaftliche Konfliktlagen hin. Also die Emanzipation, der Fortschritt beziehungsweise die größere Sichtbarkeit, Hörbarkeit und die Teilhabe von sehr vielen gesellschaftlichen Gruppen, von mir aus auch Milieus, die geht eben einher mit einem Preis für eine sich vorher als Mehrheitsgesellschaft beschreibende Gruppe. Da wird es dann ab und zu laut und hässlich und schmutzig.

Prof. Dr. Ursula Münch: Also Verlustängste?

Prof. Dr. Astrid Séville: Ja, richtig. Wenn man diese Gleichzeitigkeit versucht aufzulösen, dann geht es hier auch um den Kampf um Redeprivilegien. Also hier geht es darum: Wie darf ich eigentlich sprechen? Hier geht es nicht nur um ökonomische, politische, sondern hier geht es auch um soziale Privilegien und dann vor allen Dingen auch darum, wer in welchen Räumen sprechen darf und wie sprechen darf, und da wird es eben konfliktiv. Daher diese Gleichzeitigkeit. Was Sie als Verrohung erleben, was vielleicht auch andere Minderheiten, andere Gruppierungen als Verrohung erleben, da sagen die anderen: Aber das war doch früher okay. Das durfte doch auch der CSU-Generalsekretär sagen.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Ich will jetzt ergänzen: Am Ende geht es ja um die Macht, und zwar die Definitionsmacht. Natürlich erleben wir ab dem Jahr 2000, dass eine Argumentation wie „christliches Abendland“ nicht mehr akzeptabel ist – jedenfalls nicht mehr ohne Widerspruch in Teilen, und zwar nicht geringen Teilen der Gesellschaft, und damit meine ich gar nicht Juden oder Muslime, sondern Menschen, die gar keiner Religionsgemeinschaft angehören –, weil diese das in ihrer Zukunft nicht mehr als das Narrativ ansehen. Und weil auch unsere Population sich so verändert hat, dass man jedenfalls nicht monokausal sagen kann, das ist eine christliche Gesellschaft und sie ist übrigens die vorbildhafteste aller – das ist ja damit auch gemeint –, sondern sich auch die Kirchen wie aber auch die jüdische Gemeinschaft Fragen stellen lassen muss, weil ihre Institutionen nicht mehr so funktionieren.

So beginnt das, was eigentlich die Demoskopie, aber nicht nur sie, sondern auch jede Sozialforschung uns zeigt: dass Gewerkschaften, dass Parteien, dass Religionsgemeinschaften ihre sehr große Bestimmungsmacht mehr und mehr verloren haben, das beginnt ungefähr in den 1980er-, 90-Jahren. Und das ist jetzt in einer Zerbröselungsphase, in der ich dann denken würde, es wird ein bisschen gefährlich, weil nichts dazugekommen ist, was das ersetzt. Was man besonders sehen kann bei den Parteien, ist, dass die Parteien nicht mehr in der Lage sind, eine

größere Gruppe von Menschen so zu integrieren, dass diese mit der Gruppe von Menschen, die die Grundidee teilen, nicht mehr ringen. Heißt das letztendlich nichts anderes, als dass wir solche Parteien nicht haben und erschreckenderweise eine Partei nach vorne geht? Dann beginnt sich die Frage der Parteiendemokratie, die im Grundgesetz ist, neu zu stellen, mehr als noch vor 20 Jahren. Jetzt können wir diskutieren: Wo liegt die Verantwortung? Wo liegt die Schuld?

Wir können aber auch positiv etwas denken, nämlich dass Menschen sich mehr und mehr emanzipieren. Auch das ist die Moderne. Und diese Emanzipation führt ja dazu, dass man eben nicht einfach sagt: Ich bin in der Partei A, in der schon mein Vater oder meine Mutter war –, sondern dass Menschen sich quasi emanzipieren, also freischwimmen, dass wir nicht für ein ganzes Leben ertragen, wenn das Wir sich verändert hat. Das sind ja unter Umständen auch sehr positive Dinge. Es ist ja auch positiv, wenn hier Menschen ihre Perspektiven aus der Minderheit heraus zeigen. Zum ersten Mal wird Minderheitsrecht nicht nur vom Verfassungsgericht gelebt, sondern von der gesamten Bevölkerung gelebt.

Wenn ich noch ein drittes Beispiel von dieser Emanzipation geben darf: Rede ich geschmeidig, rede ich vor allen Dingen als jemand, der einer Minderheit angehört, in einer dankbaren Attitüde und der Hoffnung, dass die Mehrheit sagt: Na ja, der ist so weit in Ordnung. Oder rede ich zu einer Mehrheit auch in so einem Raum, ohne sie überhaupt zu kennen, und biete das an, was ich bin, ohne zu negieren, dass hier mindestens 300 andere Ichs sitzen. Aber ich werde mich auch nicht mehr bedanken bei der Mehrheitsgesellschaft. Denn, ehrlich gesagt, ich bin, was die Grundlagen angeht, wie jeder andere auch. Ich zahle Steuern, ich bin Demokrat und mehr verlangt man doch von einem bürgerlichen Menschen mit einem christlichen Hintergrund auch nicht.

Ich halte es deswegen nicht für richtig, die muslimischen Verbände – und das mag Sie irritieren – dazu zu zwingen, sie sollen eine Aussage machen, die wir von niemand anderem verlangen. Wenn ich von Muslimen verlange, sie sollen sagen, man darf Juden nicht diffamieren, dann – seien Sie mir nicht böse – muss ich es auch von den Christen verlangen; denn von Millionen, die Herrn Höcke und Herrn Gauland wählen, sind mindestens ein Drittel – schätze ich, da werden Sie mir vielleicht mal helfen, wie viele es sind; das würde mich interessieren – Christen! Und das ist dann die Doppelmoral, wo ich immer sagen würde, das wird immer schwerer in unserer Gesellschaft.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt würde ich gerne Sie, Herr Petersen, einen letzten Punkt fragen, und dann geben wir noch kurz zur Nachfrage ans Publikum. Das

Stichwort: Parteien. Wir hatten es im Programm für den heutigen Abend angekündigt, dass wir auch noch etwas über Parteien sagen wollen. Jetzt haben wir vorher dieses Auflösen, dieses Zerbröseln der intermediären Institution angesprochen, Herr Friedman hat es angesprochen. Sie hatten mir neulich bei einer anderen Begegnung gesagt, wir kriegen niederländische Zustände. Jetzt haben die keine Fünf-Prozent-Hürde. Was bedeuten diese gesellschaftlichen Veränderungen und dieser Ausgang von Wahlen? Was bedeutet das für die Parteiendemokratie, für das Parteiensystem, für die parlamentarische Arbeit mit Blick auf Mehrheiten? Was ist Ihre Einschätzung? Die Ihrer Profession?

PD Dr. Thomas Petersen: Also es bedeutet, dass es komplizierter wird. Ich habe bei unserem Treffen damals sozusagen etwas gemacht, was ich sonst nie mache, nämlich eine Prognose. Leute glauben immer, dass Demoskopen irgendwie Hellseher wären. Das ist ein Irrtum. Aber natürlich analysiert man und ich mache seit 30 Jahren Wahlforschung. Das eine oder andere schnappt man da auf. Wir sind in Westdeutschland vor allem daran gewöhnt, so eine schöne übersichtliche Parteienwelt zu haben. Eine große christdemokratische, eine große sozialdemokratische Partei und dann kommen noch ein, zwei, vielleicht drei kleine dazu, und dann können die großen sich Koalitionspartner suchen. Das ist schön übersichtlich. Das geht schnell und das funktioniert ja auch. Aber mit gutem Grund steht im Grundgesetz nirgendwo, Demokratie sei, wenn wir zwei große und zwei kleine Parteien hätten.

Gesellschaften ändern sich, und wenn dann bestehende Parteien die Veränderung der Gesellschaften, aus welchen Gründen auch immer, nicht aufgreifen, nicht aufgreifen wollen, nicht aufgreifen können, dann entstehen neue.

Wenn wir mal, weg von der aktuellen Diskussion, die Piratenpartei angucken: Das ist für mich so ein klassisches Beispiel. Da war ein Defizit, das offenbar von einem beträchtlichen Bevölkerungsteil empfunden wurde, das die bestehenden Parteien nicht oder zumindest nicht so aufgegriffen haben, wie sie sich das vorgestellt haben. Da haben sie eine Partei gegründet, und zwar eine unzweifelhaft demokratische, wurden in die Parlamente gewählt, dort dann als zu leicht befunden und wieder verworfen. Aber so ist das eigentlich ein normaler, in einer Demokratie normaler Vorgang.

Was wir in Deutschland seit mindestens vier Jahrzehnten beobachten, ist, dass, von Schwankungen abgesehen, alles in allem die ehemals großen Volksparteien tendenziell kleiner werden und die kleinen Parteien sich so ungefähr halten und auch ein paar dazukommen. Da habe ich gesagt: Na gut, wenn es so weitergeht,

werden wir in einigen Jahren vielleicht niederländische Verhältnisse haben, also einen Satz Orgelpfeifen von sechs, sieben, acht Parteien quer durch das Spektrum. Je nach politischem Klima sind mal die einen stärker und mal die anderen. Das bedeutet natürlich, dass das Bauen von Mehrheiten, die fähig sind, eine Regierung zu tragen, komplizierter wird. Wenn man sich das anguckt in den Niederlanden, oder denken Sie an Belgien: Da kann das dann schon mal eineinhalb Jahre dauern, bis eine neue Regierung steht. Unerfreulich, aber ...

Prof. Dr. Ursula Münch: Und die Unzufriedenheit noch größer wird.

PD Dr. Thomas Petersen: Bitte?

Prof. Dr. Ursula Münch: Und dann die Unzufriedenheit in der Folge bei der Wählerschaft und Bürgerschaft womöglich auch wieder größer wird.

PD Dr. Thomas Petersen: Das würde ich nicht als gegeben betrachten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber ich meine, wenn es so lange dauert, wenn man so viele Kompromisse schließen muss, das macht die Leute ja nicht unbedingt zufriedener.

PD Dr. Thomas Petersen: Na ja, gut, bequemer ist das andere. Aber umgekehrt haben wir in Amerika ein Parteiensystem mit zwei Parteien, eine riesige Polarisierung. Die Hälfte der Bevölkerung ist unzufrieden, nämlich die, die gerade nicht regiert. Also das ist kein automatischer Zusammenhang.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Friedman kurz.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Wenn ich das kurz noch ergänzen darf: Ich glaube, wenn man die amerikanischen Verhältnisse beschreibt, dann muss man ergänzen, dass ein Präsident vom Volk gewählt wird. Die Polarisierung entsteht in Amerika vor allen Dingen dann, wenn aus dieser einen Partei jemand als Person gewählt ist, der dann als Kandidat auftritt und das Polarisierende verkörpert wie kaum ein anderer. Das war so bei der Wahl Trumps. Selbst wenn es dort drei, vier Parteien gäbe, wäre durch die Präsidentschaftswahl und die Macht des Präsidenten, wie wir das auch in Frankreich teilweise kennen, und die Unwichtigkeit der Exekutive ... Wer kennt denn eigentlich hier in Deutschland die Minister außer dem Verteidigungs- und Außenminister von Amerika und Frankreich? Ist ja unser Nachbarland, da ist das ähnlich. Das sehe ich wie Sie.

Es gibt nur ein Problem bei der Beschreibung, und das Problem war am Anfang des Abends und bleibt – für mich jedenfalls – auch am Ende. Wenn diese Zerbröselung, wie ich das nenne, stattfindet, ist das eine demokratische Herausforderung, die gelöst werden kann. Sie kann nicht gelöst werden, wenn demgegenüber ein großer Block, der zwar nicht die Mehrheit hat, von Antidemokraten ist. Ich will es wirklich noch einmal sagen: Glauben Sie mir, als Jude rege ich mich doch nicht wegen der AfD wirklich auf. Da habe ich schon schlimmere Originale in meinem Leben gehabt. Ich rege mich als Demokrat über sie auf. Sie verhöhnen die Politiker und Politikerinnen, die arbeiten. Sie verhöhnen die Presse. Sie verhöhnen die Kultur und Kunst. Fragen Sie Frau Aigner und andere, wie viele Anfragen von der AfD mittlerweile dauernd kommen, wie viel Geld bekommt jenes Theater, das gerade eine Verherrlichung der Flucht berichtet und zeigt. Das heißt, sie verhöhnen all das, was demokratisch ist. Dann wird es zu einem anderen Problem, und das Allerschlimmste wird sein, wenn diese Personen dann exekutive Macht bekommen.

Deswegen ist ja die Wahl in den Niederlanden auch etwas, das so präsent ist. Oder, noch schlimmer, wie wir es in Polen gerade erleben. In Polen regierte eine rassistische, antieuropäische und an der Grenze des Demokratischen stehende Regierung, die – wie wir alle wissen – das Rechtsstaatsprinzip auch aufbrechen wollte. Nun, bei dieser Wahl hat die Mehrheit jedenfalls eine Option mit Herrn Tusk gemacht. Was macht ein polnischer Präsident? Er gibt erst einmal der unterlegenen Partei die Möglichkeit, eine Regierung zu bilden, à la bonne heure! Wenn das aber nicht gelungen ist, gibt er trotzdem dieser Partei den Auftrag, eine Minderheitenregierung zu machen, ohne zu checken, was in einer Demokratie notwendig wäre, ob eine andere führende Partei eine eigene Mehrheit erreicht. Wenn dann auch noch agiert wird wie Herr Orbán in Ungarn oder eine Regierung in Italien, die sich stolz „postfaschistisch“ nennt, oder ein Präsident wie Herr Trump, der eindeutig mit antidemokratischen Handlungen die Gesellschaft und damit auch die Rechte der Bürger verändert ... dann ist das 21. Jahrhundert – und das will ich hier sehr deutlich sagen – auch in Deutschland nicht mehr gesichert bei der Frage, ob es die Demokratien der Gegenwart zukünftig fortsetzen wird.

Es gab zwei Präsidenten, Xi und Putin, die vor aller Augen vor ungefähr einem dreiviertel Jahr gesagt haben: Das 21. Jahrhundert ist das Ende der Demokratien und die Blütezeit der Autokratien. Eine dritte Gruppe ist hinzugekommen, und sie wird repräsentiert durch Staaten wie Iran und auch durch Saudi-Arabien und Katar, nämlich die mit einer islamistischen, antidemokratischen Haltung. Wenn wir das als Demokraten nicht ernst nehmen sowohl global als auch in unseren Kommunen als auch regional bis zum Bundestag, bin ich mir nicht sicher, ob

meine Kinder in einer Demokratie leben. Polnische Kinder lebten eine Zeit lang nicht mehr darin und andere auch nicht. Wehe uns, wenn 2026 Marine Le Pen in Frankreich gewinnt! Wir werden immer noch eine EU haben, aber es wird eine andere sein, in der jedenfalls Menschen, die gerne die Klappe aufmachen und keine Angst haben vor Widerspruch, nicht mehr leben können.

Prof. Dr. Ursula Münch: Frau Séville, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Das will ich Ihnen natürlich noch zugestehen und dann gehen wir aber wirklich noch eine kurze Runde ins Publikum.

Prof. Dr. Astrid Séville: Ja, ich würde noch mal die Fragmentierung der Parteienslandschaft aufgreifen wollen. Dem kann ich nur beipflichten. Aber ich würde schon sagen, dass die Demokratie vor einer großen Herausforderung steht. Das zeigt vielleicht auch mal das polnische Beispiel. Es gibt eine sehr lakonische, sehr knappe Definition von Demokratie von Adam Przeworski – das ist ein Demokratietheoretiker, Politikwissenschaftler –, der gesagt hat: „Democracy is a system in which parties lose elections.“ Darauf wird es ankommen: Dass diejenigen, die unterlegen sind, die überstimmt sind, die nicht regieren, loyal bleiben. Das ist, glaube ich, in vielen politischen Debatten eigentlich immer so ein bisschen der vernachlässigte Punkt. Wie schaffen wir es denn, die Loyalität derjenigen herzustellen und zu behalten, die sich eben gerade nicht an der Regierung wähen oder die nicht die Parteien oder die Koalitionspartner gewählt haben, die regieren? Das, glaube ich, ist die entscheidende Frage für eine innerdemokratische Konsolidierung beziehungsweise eigentlich Verteidigung der Demokratie im Inneren. Außenpolitisch, glaube ich, hat Herr Friedman schon das düstere Panorama aufgemacht.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ja, wir könnten noch stundenlang darüber diskutieren und wir müssten es eigentlich auch, welchen Beitrag dann eben Regierungsarbeit, parlamentarische Arbeit seriöser Parteien, politische Bildung leisten kann. Wir tun das nicht. Ich möchte noch wenige Fragen, zwei, drei Fragen aufnehmen und darf Sie um Ihre Wortmeldung bitten, die bitte zwei Voraussetzungen erfüllt: Sie ist kurz, sie erfolgt mit Vorstellung, und dann erfolgen auch kurze Antworten. Sie dürfen sich zu Wort melden.

Abg. Franz Bergmüller (AfD): Franz Bergmüller, Landtagsabgeordneter. Mich würde interessieren, ob Sie meinen, Herr Friedman oder auch alle Politikwissenschaftler, die hier am Podium sitzen, wenn Sie diese Diskussionsrunde zum Beispiel auf dem großen Karpfhamer Fest führen würden, ob Sie glauben, dass der Querschnitt der Bevölkerung so denkt, wie hier herinnen suggeriert wird.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das war nicht der Anspruch des Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag. Einfach, um es mal ganz klarzustellen. Aber Frau Séville darf gerne ... Sie beschäftigen sich mit dem Reden, Sie dürfen gerne was dazu sagen, selbstverständlich auch Herr Friedman. Aber ich lege schon Wert darauf, dass das Akademiegespräch im Bayerischen Landtag ein gewisses Publikum anspricht, gewisse Themen anspricht und eine gewisse Sprache pflegt, und ich bin Ihnen, dem Publikum, dankbar, dass wir da, glaube ich, einer Meinung sind. Danke schön.

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Also ich habe nur einen Satz: Glauben Sie mir, wenn ich im Bierzelt wäre, würde ich reden, wie ich rede, weil ich auch nicht ganz anders kann. Und ich bin mir nicht sicher, ob das nicht auch ein erfolgreiches Treffen mit diesen Menschen wäre, die Menschen mit mir sind, und wir alle rausgehen und sagen: Es war anders, aber es war auch mal spannend. – Also, ich muss das mal sagen.

Meine Erfahrung mit Menschen ist, dass sie meist von denen, die reden, unterschätzt werden. Das ist wirklich meine Meinung. Ich weiß nicht, wie viele Menschen ich in meinem Leben auf dem Podium oder als Moderatorin wie Sie jetzt ... Aber in meiner Erfahrung: Sie unterschätzen die Leute. Meine Erfahrung ist, du kannst eine Schärfe haben, ohne dass du glaubst, dass du deswegen ganz bestimmte Standards, die du das ganze Jahr nicht unterschreitest, an dem Tag unterschreiten musst. Das ändert nichts daran, dass es vielleicht den meisten mehr Spaß macht, wenn Herr Söder oder Herr Aiwanger das machen. Ich will nur sagen: Selbst wenn eine Type wie ich erscheine, kann das auch ein ganz guter Tag dort werden.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gut, vielen Dank! Ich darf noch um Wortmeldungen, Fragen bitten, wenn Sie noch welche haben? Wenn nicht ...

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman: Ich will nicht, dass das stehen bleibt, weil das öffentlich war. Also, ich entschuldige mich bei Ihnen, wenn Sie glauben, dass ich Ihnen das unterstellt habe. Das ist nicht der Fall.

Das ist mir wirklich wichtig, weil ich es, auch als ich es sagte, Ihnen das nicht unterstellen wollte. Vielleicht habe ich das nicht präzise genug differenziert. Mir ging es um diese 30 Prozent, die ich anders wahrnehme. Ich tue das jetzt, weil ich davon überzeugt bin. Ich könnte auch nachher zu ihm gehen und sagen: Es tut mir leid. – Ich tue es jetzt, damit Sie das alle hören, weil Sie auch dabei waren, als wir den Konflikt hatten, und ich finde, es gehört sich dann, es jetzt zu tun und

nicht unter vier Augen. Das ist mir ein großes Anliegen gewesen, und ich hoffe, Sie können das auch ernst annehmen. Danke schön.

Und das Zweite, das Zweite ist vielleicht das, was mich umtreibt. Sie haben mich ja gefragt, was am Montag war. Meine Damen und Herren und auch alle hier, ich vermisse Sie seit dem 7. Oktober sehr. Ich vermisse Sie. Ich frage mich, und das hat wirklich mit dem Nahen Osten jetzt nichts zu tun: Sie und ich sind nicht das erste Mal konfrontiert mit der Realität des Hasses auf Juden. Die Älteren kennen das zur Genüge. Ich meine: Oktoberfest – Rechtsextremisten. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich Sie vermisse und dass ich Sie brauche. Ich kann nicht als Minderheit in einem Land leben, in dem es Menschen gibt, die mich umbringen wollen. Das ist ein Problem, aber das ist nicht das Entscheidende. Aber wo andere Menschen nicht die Empathie entwickeln, die sie für die iranischen Frauen zu Recht entwickelt haben oder für andere Gruppen oder fürs Klima, wo alle zu Recht sagen, ich fühle da was, ich gehe, ich zeige mein Gesicht – es muss ja nicht immer nur eine Demonstration sein. Ich will Ihnen nur andeuten, es schmerzt mich, dass die Mehrheit der Gesellschaft vielleicht nach innen mit mir solidarisch ist. Und wenn ich mir erlauben darf, von mir zu reden, meine ich gar nicht so sehr „ich“. Aber ich spreche für viele, die nicht wie ich sprechen können, aber Sie vermissen.

Ich wollte Ihnen das nur erzählen, weil ich hier lebe in einem Wir. In diesem Wir gibt es ein Ich, das ein Wir ist und eine Kategorie hat, die andere nicht haben. Ich bin jüdisch, wie einige hier Muslime sind oder andere hier schwul sind. Aber ich habe immer gedacht, wir bleiben nur zusammen, wenn wir dieses Wir aushalten, also dass in diesem Makrokosmos noch so kleine Mikrokosmen sind. Sie wissen – ich hoffe, Sie wissen –, dass ich nicht nur Jude bin. Ich bin so vieles andere mehr, und ich werde dann jedes Mal reduziert zum Juden. Ich wäre Ihnen so dankbar, wenn ich Sie nicht mehr vermissen müsste. Danke schön.

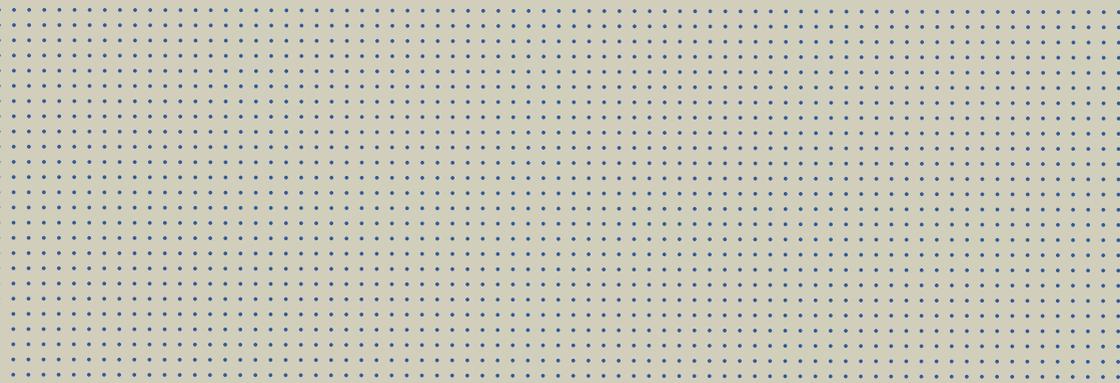
Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Friedman, vielen Dank. Ich bin froh, dass Sie hier sind. Ich bin auch froh, dass Frau Séville da ist, und ich bin auch dankbar, dass Herr Petersen da ist. Ganz herzlichen Dank an Sie alle drei. Ich bedanke mich bei der Landtagspräsidentin, jetzt die Einladung der Landtagspräsidentin. Vielen Dank, dass wir bei Ihnen zu Gast sein dürfen. Und an Sie alle: Danke.



Diskussion mit Prof. Dr. Dr. Michel Friedman, PD Dr. Thomas Petersen und Prof. Dr. Astrid Séville



PD Dr. Thomas Petersen, Prof. Dr. Astrid Séville, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Prof. Dr. Dr. Michel Friedman und Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See (von links)



Herausgeber

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81675 München
www.bayern.landtag.de